



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 5

Mai 1974

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1974

Aufsätze: Kommunalwahl 1974 (Teil 1)

- X Gesundheitswesen
- Straßenverkehrsunfälle

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

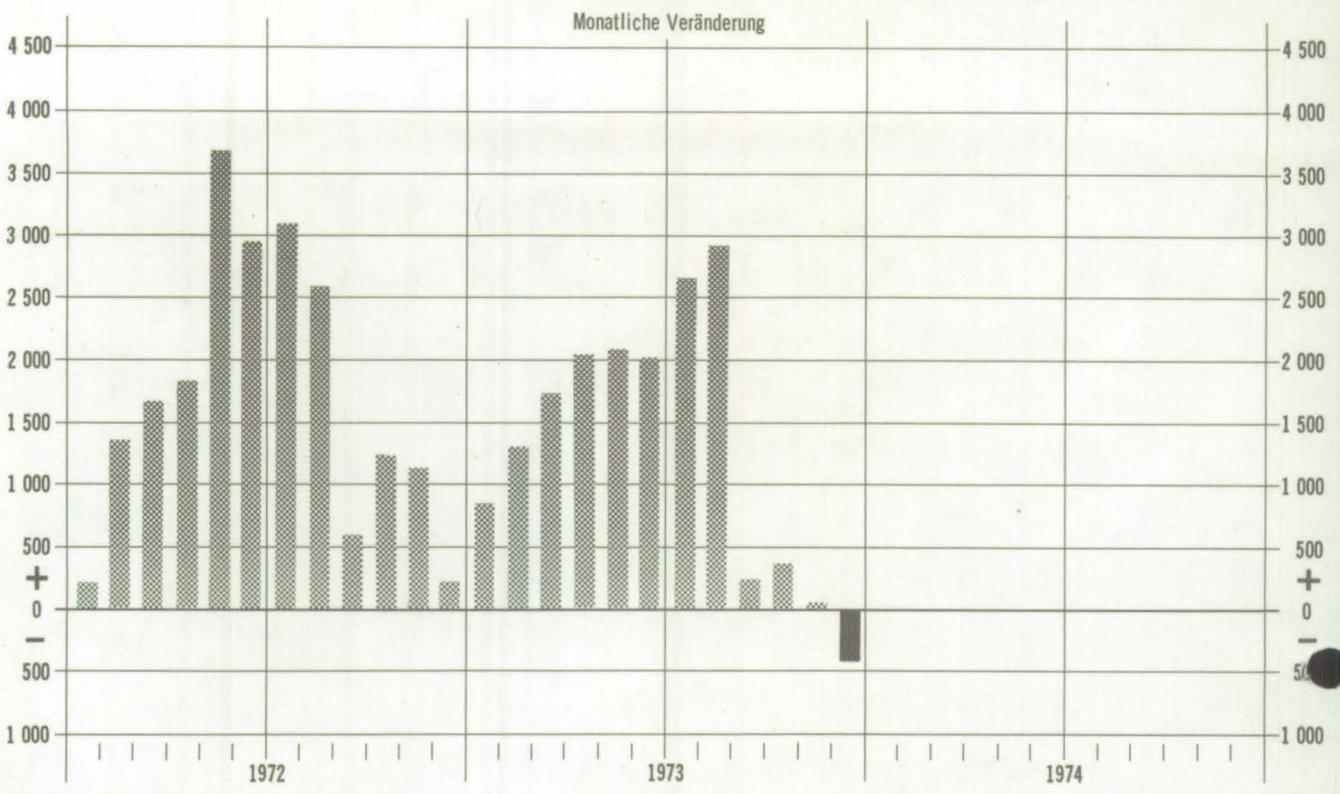
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



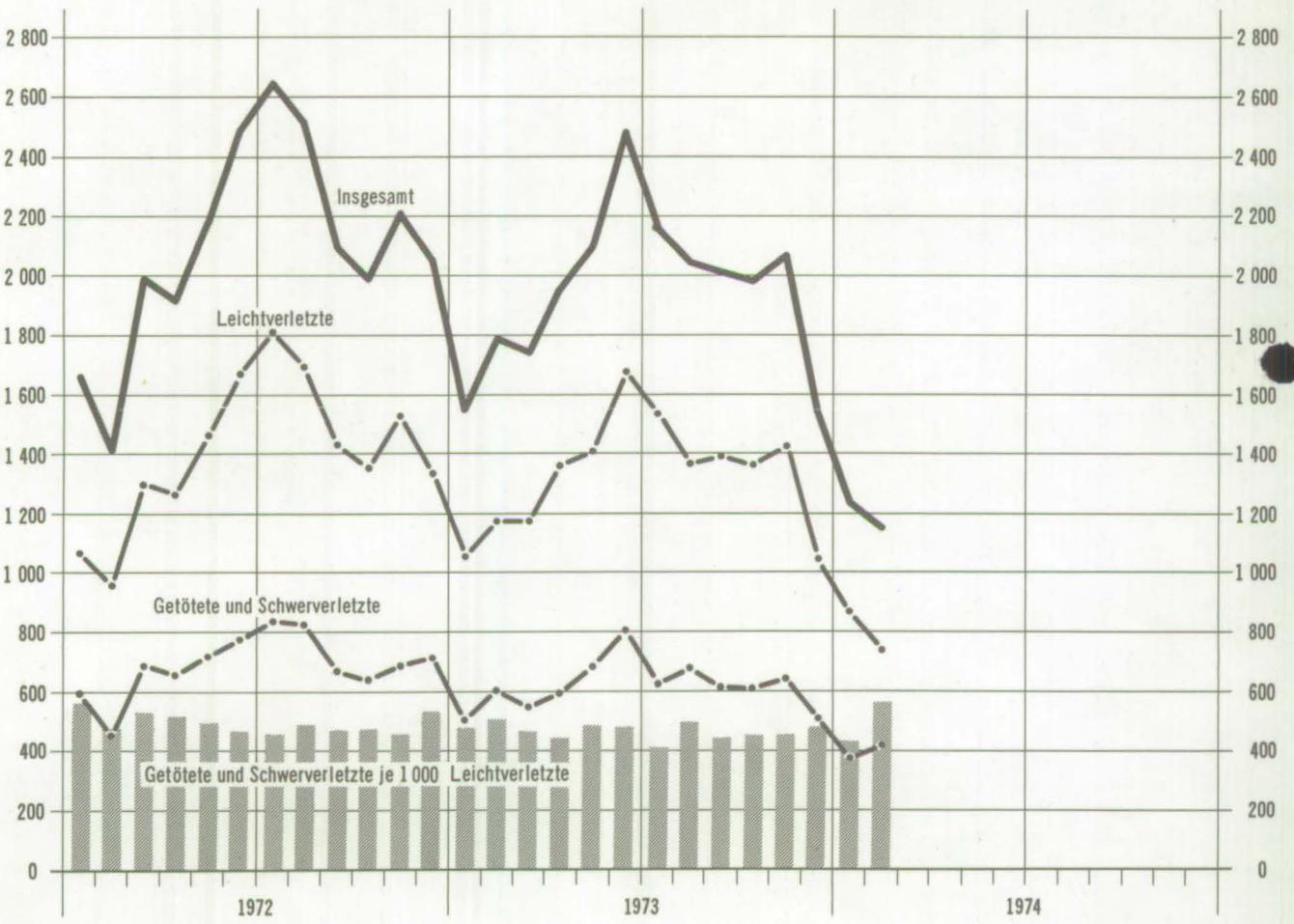
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 5/74

	Seite
Aktuelle Auslese	97
 Aufsätze	
Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974 (Teil 1)	98
Das Gesundheitswesen Schleswig-Holsteins 1972 im Spiegel der Statistik	105
Die Straßenverkehrsunfälle mit Personen- schaden im Jahre 1973	115
Grafik des Monats	108
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1973
258 Seiten, Preis 20,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/12 - 1973

Erwerbstätigkeit (Teil 2)
Beschäftigtenstruktur Industrie
Kooperation in der Landwirtschaft
In eigener Sache

Heft 1/1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise
Betriebssysteme Landwirtschaft
Auftragslage im Baugewerbe

Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung
Zur Getreideernte 1973
Güterumschlag in den Häfen
Kapitalgesellschaften
Lohnsteuerpflichtige

Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt
Fachhochschulstudenten
Bauhauptgewerbe
Vermögensteuer

Heft 4 / 1974

Wirtschaftliches Wachstum 1973
Investitionen 1972
Umsätze 1972
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Baumschulen
Industrielle Kleinbetriebe
Einzelhandelsumsätze



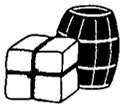
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 5

Mai 1974

Aktuelle Auslese



44 % der Ausfuhr
gehen in Länder der EG

Aus Schleswig-Holstein wurden 1973 Waren im Werte von 3,4 Mrd. DM ausgeführt. Im Vergleich zu 1972 stieg der Ausfuhrwert um 11,5 %. Damit war die Zuwachsrate niedriger als in den Vorjahren.

Die Höhe der schleswig-holsteinischen Ausfuhr wird noch immer wesentlich vom Wert der Schiffsablieferungen an ausländische Reeder beeinflusst. Ohne die Ausfuhr von Schiffen errechnet sich ein Exportwert von knapp 2,8 Mrd. DM. Das sind 14,9 % mehr als 1972.

Der Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen Exportes liegt mit einem Anteil von gut 88 % bei den Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft und hier wieder bei den Fertigwaren. Auf die Ausfuhr von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft entfielen nur knapp 12 % des gesamten Exportes.

In die seit Anfang 1973 zur erweiterten Europäischen Gemeinschaft gehörenden Länder wurden 1973 für knapp 1,5 Mrd. DM Waren ausgeführt; das sind fast 44 % der gesamten Ausfuhr Schleswig-Holsteins. Wichtigster Kunde waren die Niederlande. In die Länder der Europäischen Freihandelszone wurden Waren im Werte von 785 Mill. DM ausgeführt, das ist ein Anteil von gut 23 %. Hier war Norwegen der wichtigste Handelspartner Schleswig-Holsteins.



Baunachfrage rückläufig

Die Statistik der Baugenehmigungen läßt einen erheblichen Rückgang der Baunachfrage erkennen. In den ersten drei Monaten 1974 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 5 911 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden zum Bau freigegeben. Das sind 19 % weniger Freigaben als im gleichen Zeitraum des Jahres 1973.

Im Wohnungsbau läßt sich die abschwächende Tendenz besonders deutlich an der um 38 % geringeren Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser ablesen.

Das Bauhauptgewerbe im 1. Vierteljahr 1974

Im ersten Vierteljahr 1974 beschäftigte das schleswig-holsteinische Bauhauptgewerbe durchschnittlich 55 700 Personen und damit 8 % weniger als im 1. Vierteljahr 1973. Entsprechend verringerte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 7 % auf 20,6 Mill. Stunden.

Die Auftragseingänge im 1. Vierteljahr 1974 betragen 431 Mill. DM und damit 26 % weniger als im entsprechenden Vorjahresabschnitt. Bei vermindertem Auftragsvolumen verringerte sich der Anteil des Hochbaus an der gesamten Auftragssumme von 73 % im Vorjahr auf 62 % im 1. Vierteljahr dieses Jahres.

Die Summe aller Auftragsbestände hat mit 1,06 Mrd. DM am 31. März 1974 wieder leicht zunehmende Tendenz.

Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974

Teil 1: Kreisergebnisse

Wahlberechtigte und Wähler

Zur Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden und der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten waren am 24. März 1974¹ gut 1,8 Millionen Personen wahlberechtigt. Ihre Zahl hat sich gegenüber der letzten Kommunalwahl um 31 000 oder knapp 2% erhöht. Diese Zahl gibt nur einen Saldo wieder. Durch Hereinwachsen in das Wahlberechtigungsalter (18 Jahre), Umzug über die Landesgrenze und Tod haben sich jedoch Verschiebungen größeren Umfangs ergeben, als durch diesen Saldo ausgedrückt wird. Etwa 130 000 Personen oder 7% der Wahlberechtigten waren nämlich das erste Mal bei einer Kommunalwahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Drei Zehntel der Einwohner besaßen nicht das aktive Wahlrecht, weil sie noch nicht 18 Jahre alt waren, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht hatten, noch nicht drei Monate im Wahlgebiet wohnten oder aus anderen Gründen von der Wahl ausgeschlossen waren. Zieht ein Wahlberechtigter innerhalb eines Kreises um, so bleibt er zur Kreiswahl wahlberechtigt, zur Gemeindewahl in seiner neuen Gemeinde wird er es aber erst nach Ablauf von 3 Monaten.

Es gibt weiterhin mehr wahlberechtigte Frauen als Männer, obwohl in den jüngeren Jahrgängen, die in das Wahlalter hereinwachsen, die Männer überwiegen. Die Frauen stellen wie 1970 einen Anteil von 53%.

Das Wahlinteresse ist bei dieser Kommunalwahl so groß wie noch nie gewesen. Über 1,4 Millionen oder 79,2% der Wahlberechtigten haben ihr Wahlrecht wahrgenommen. Die Wahlbeteiligung erreichte damit eine Höhe, die bisher Landtagswahlen vorbehalten war. Sie ist genau so hoch wie die bisher beste bei Landtagswahlen (1971). Ohne die Nachwahl in Schleswig-Flensburg wäre sie wahrscheinlich sogar höher gewesen. In einem Wahlbezirk des Kreises Schleswig-Flensburg mußte nämlich die Kreiswahl am 28. April 1974 durchgeführt werden, weil ein Kandidat kurz vor der ursprünglichen Wahl verstorben war. An dieser Nachwahl beteiligten sich 55,3% der Wahlberechtigten. Dadurch wurde die Wahlbeteiligung im ganzen Land von 79,3% auf 79,2% gedrückt. Im Kreis Schleswig-Flensburg sank sie von 78,9% auf 78,0%.

¹) einschließlich Nachwahl im Wahlbezirk 9 des Kreises Schleswig-Flensburg am 28. 4. 1974

Trotz dieser kräftigen Aufwärtstendenz der Wahlbeteiligung (1966: 68,7%, 1970: 72,3%) sollte man sich vor Augen halten, daß ein Fünftel oder 380 000 der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gegangen sind. Wenn man bedenkt, daß die FDP 127 000 Stimmen und die SPD 505 000 Stimmen erhielten, ist das immer noch eine beachtliche Zahl. Daß höhere Wahlbeteiligungen möglich sind, zeigen nämlich die Bundestagswahlen (1969: 86,0%, 1972: 90,5%).

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- berechtigte 1974	Wahlbeteiligung	
		1974	dagegen 1970
		in %	
FLensburg	70 226	73,8	66,6
KIEL	191 785	72,4	65,3
LÜBECK	177 276	77,4	71,3
NEUMÜNSTER	63 315	76,0	69,4
Zusammen	502 602	74,8	68,1
Dithmarschen	96 807	81,3	75,3
Hzgl. Lauenburg	107 486	82,6	76,0
Nordfriesland	109 589	76,4	70,5
Ostholstein	128 099	81,7	76,4
Pinneberg	176 817	81,7	72,8
Plön	80 139	83,9	78,1
Rendsburg-Eckernförde	166 116	79,9	72,6
Schleswig-Flensburg	118 406	78,0	72,6
Segeberg	125 888	80,4	71,8
Steinburg	95 245	82,1	75,8
Stormarn	120 192	82,7	74,6
Zusammen	1 324 784	80,9	74,0
Schleswig-Holstein	1 827 386	79,2	72,3

Obwohl die Wahlbeteiligung in allen Kreisen und kreisfreien Städten gestiegen ist, ergibt sich in der Reihenfolge das bekannte Bild. In den kreisfreien Städten war das Wahlinteresse wie üblich geringer als in den Kreisen. In den kreisfreien Städten gaben 74,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab und in den Kreisen 80,9%. Die Bürger der Stadt Kiel können abermals für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich am wenigsten an der Wahl beteiligen, nämlich mit 72,4%. Auch in den anderen kreisfreien Städten ist die Wahlbeteiligung nicht viel höher. Sie liegen am Ende der Wahlbeteiligungsskala. Nur der Kreis Nordfriesland schiebt sich dazwischen; was wiederum typisch ist, weil Nordfriesland auch bei den vorangegangenen Kreiswahlen am Ende der Kreise lag. Die

Feststellung, daß es typische Kreise mit niedriger und solche mit hoher Wahlbeteiligung gibt, bestätigt sich dadurch, daß der Kreis Plön mit 83,9% abermals an der Spitze liegt. Der Kreis Ostholstein wurde allerdings vom Kreis Stormarn (82,7%) vom 2. Platz verdrängt.

Eine immer größere Zahl von Wahlberechtigten macht von der Briefwahl Gebrauch. Das dürfte mit der Erleichterung der Antragstellung zusammenhängen. Das erstmals bei der Bundestagswahl eingeführte Verfahren ist jetzt auch für Kommunalwahlen angewendet worden. Bisher mußte der Wahlberechtigte mündlich oder schriftlich einen formlosen Antrag aus eigener Initiative stellen, jetzt ist jeder Wahlbenachrichtigung ein Vordruck für einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins beigelegt. Fast 94 000 Wahlberechtigte übten ihr Wahlrecht mit einem Wahlschein aus. Davon machten rund 91 000 von der Briefwahl Gebrauch und knapp 3 000 gaben ihren Wahlschein persönlich ab. Bei der Kommunalwahl 1970 haben 72 000 Wähler mit einem Wahlschein gewählt. Damit hat sich ihr Anteil von 5,5% auf 6,5% erhöht und beinahe die Quote von Bundestagswahlen erreicht.

Wie die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen war und welche Altersgruppen am wenigsten zur Wahl gingen, wird anhand einer repräsentativen Erhebung in einem weiteren Aufsatz in einem der nächsten Monatshefte beschrieben werden.

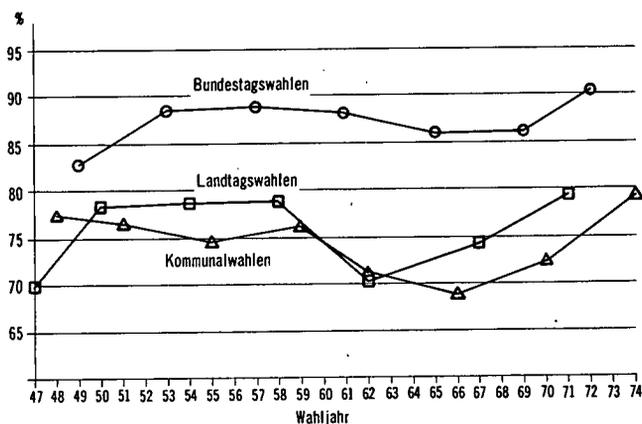
nur eine Wahl durchgeführt, da hier Kreis und Gemeinde identisch sind. Um ein Landesergebnis erstellen zu können, werden die Kreiswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten als eines betrachtet. Die Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden wird in einem weiteren Aufsatz behandelt werden.

Die CDU ist als Siegerin aus den Kommunalwahlen hervorgegangen. Sie erhielt 755 000 oder 53,1% der gültigen Stimmen. Es ist ihr damit nach den Landtagswahlen 1971 zum zweiten Male gelungen, bei einer Wahl in Schleswig-Holstein die absolute Mehrheit zu erringen. Es ist gleichzeitig das beste Ergebnis, das jemals eine Partei in Schleswig-Holstein erreichte. Sie verbesserte sich gegenüber der Kommunalwahl 1970 um fast 180 000 Stimmen oder 7,7 Punkte und konnte ihren Abstand zur SPD von 1,9 auf 17,5 Punkte ausdehnen. Die CDU hat in allen Kreisen und kreisfreien Städten ihre Stimmenanzahl und -anteile erhöht. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte verbesserte sie sich um 7,8 Punkte und in den Kreisen um 7,6 Punkte. Die Gewinne der CDU streuen zwischen 2,9 Punkten (Schleswig-Flensburg) und 11,9 Punkten (Stormarn). Weit über dem Durchschnitt liegen ihre Gewinne außerdem in Kiel (10,6 Punkte) und Ostholstein (9,3 Punkte). Die CDU konnte dadurch in allen Kreisen die absolute Mehrheit erringen. Bei der Kommunalwahl 1970 ist das nur in Dithmarschen und Schleswig-Flensburg der Fall gewesen. Am günstigsten schnitt die CDU in Dithmarschen (59,7%), Stormarn (57,4%), Steinburg (56,9%), Segeberg (56,0%) und Rendsburg-Eckernförde (55,8%) ab. Aber selbst in dem Kreis mit dem relativ geringsten CDU-Anteil, in Pinneberg (53,5%), macht der Abstand zur SPD fast 20 Punkte aus. Auch in allen kreisfreien Städten erhielt die CDU mehr Stimmen als die SPD, wenn sie auch nicht so hohe Anteile erreichte wie in den Kreisen. In Kiel brach sie die absolute Mehrheit der SPD und in Neumünster wandelte sie die absolute Mehrheit der SPD in eine eigene um.

Bei der SPD ist die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern in einen kräftigen Rückgang umgewandelt worden. Sie erhielt 505 000 oder 35,6% der gültigen Stimmen und verschlechterte sich damit um fast 50 000 Stimmen oder 7,9 Punkte. Man muß über 10 Jahre zurückgehen, um ein ähnlich ungünstiges Ergebnis für die SPD bei irgendeiner Wahl in Schleswig-Holstein anzutreffen. Bei vergleichbaren Kommunalwahlen hat die SPD noch nie so schlecht abgeschnitten.

D - 4578

Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein
Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen



Verteilung der gültigen Stimmen

In den kreisangehörigen Gemeinden sind bei Kommunalwahlen zwei Stimmzettel abzugeben. Mit einem werden die Kreisvertreter gewählt und mit dem anderen die Gemeindevertreter. In den kreisfreien Städten wird demgegenüber

Anzahl der gültigen Stimmen

KREISFREIE STADT Kreis	Ins- gesamt	darunter		
		CDU	SPD	FDP
FLENSBURG	51 532	20 882	16 751	3 484
KIEL	138 080	63 527	60 236	11 815
LÜBECK	136 189	67 204	54 935	12 914
NEUMÜNSTER	47 745	24 519	18 567	4 206
Zusammen	373 546	176 132	150 489	32 419
Dithmarschen	76 575	45 730	24 620	6 225
Hzgt. Lauenburg	87 180	47 591	30 452	8 784
Nordfriesland	82 307	44 620	24 736	8 317
Ostholstein	102 042	54 750	38 325	8 967
Pinneberg	141 575	75 666	47 777	16 266
Plön	65 742	35 210	25 460	4 712
Rendsburg-Eckernförde	129 903	72 462	44 430	11 565
Schleswig-Flensburg	90 649	48 869	25 475	6 809
Segeberg	99 017	55 468	30 176	13 373
Steinburg	76 338	43 414	25 813	6 816
Stormarn	96 387	55 352	37 569	3 227
Zusammen	1 047 715	579 132	354 833	95 061
Schleswig-Holstein	1 421 261	755 264	505 322	127 480

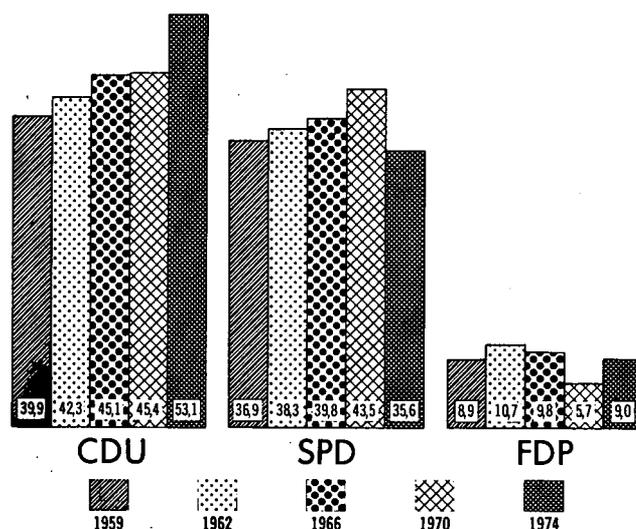
Selbst in ihren Hochburgen, den kreisfreien Städten, mußte sie der CDU den 1. Platz einräumen. Ihr Stimmenanteil ging dort insgesamt um 9,3 Punkte von 49,6% auf 40,3% zurück. Besonders tief war der Fall in Neumünster (- 12,3 Punkte) und Kiel (- 10 Punkte). Hier verlor die SPD jeweils die absolute Mehrheit. Man muß, auch bei zurückhaltender Interpretation, von einem Erdbeben sprechen. In den kreisfreien Städten veränderte sich der Vorsprung der SPD von 10,2 Punkte in einen Rückstand von 6,9 Punkten gegenüber der CDU. In den Kreisen vergrößerte sich der Rückstand von 1,9 Punkte auf 17,5 Punkte. Dort ging der Stimmenanteil der SPD um 7,2 Punkte auf 33,9% zurück. Die Verluste waren in Pinneberg (- 11,6 Punkte), Segeberg (- 9,3 Punkte) und Hzgt. Lauenburg (- 8,6 Punkte) am kräftigsten. Bei der Kreiswahl 1970 hatte die SPD noch in Plön mehr Stimmen erhalten als die CDU und in Pinneberg, Ostholstein und Stormarn nur knapp hinter der CDU gelegen. Jetzt macht der Rückstand in Plön 14,9 Punkte, in Pinneberg 19,7 Punkte, in Ostholstein 16,1 Punkte und in Stormarn 18,4 Punkte aus. Die SPD liegt in keinem Kreis mehr über 40%. In Schleswig-Flensburg sind es sogar nur 28,1%, obwohl hier der Rückgang mit - 3,9 Punkten am geringsten war.

Die FDP hat ihr Tief von 1970, als sie 5,7% der gültigen Stimmen erhielt, überwunden, erreichte aber nicht die Ergebnisse der Wahlen von 1966 (9,8%) und 1962 (10,7%). Sie verbesserte sich um fast 55 000 Stimmen oder 3,3 Punkte auf 9,0%. Sie hat im Gegensatz zu 1970 bis auf Stormarn in allen

Stimmenanteile von CDU, SPD und FDP in %

D - 4579

bei Kreiswahlen seit 1959



kreisfreien Städten und Kreisen die 5%-Grenze übersprungen. Der niedrige Anteil in Stormarn (3,4%) dürfte auf die Nichtzulassung von mehreren Wahlvorschlägen zurückzuführen sein (siehe hierzu den Abschnitt "Wahlvorschläge"). In den kreisfreien Städten verdoppelte die FDP ihre Stimmen und den Anteil und in den Kreisen stieg ihr Anteil um die Hälfte. Den größten Anteil erhielt die FDP wie 1970 in Segeberg mit 13,5%. Auf über 10% kam sie außerdem noch in Pinneberg (11,5%) sowie Hzgt. Lauenburg und Nordfriesland mit jeweils 10,1%. Es fällt auf, daß die FDP in den Kreisen, in denen die SPD die größten Verluste hatte, die höchsten Gewinne erzielte. Ob allerdings tatsächlich ein Zusammenhang besteht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Es ist jedoch bemerkenswert, daß gerade in diesen Kreisen (Pinneberg, Segeberg und Hzgt. Lauenburg) der absolute Stimmengewinn der CDU geringer ist als der Zuwachs an gültigen Stimmen insgesamt, und die Gewinne der FDP viel größer sind als die Verluste der SPD. Rein rechnerisch müßte also die FDP sowohl von der höheren Wahlbeteiligung als auch von den Verlusten der SPD profitiert haben.

Der SSW konnte seine Stimmenzahl geringfügig verbessern, sein Anteil ging aber wegen der höheren Wahlbeteiligung von 1,7 auf 1,6% zurück. Seine größten Anteile weist er nach wie vor in Flensburg (19,8%) und Schleswig-Flensburg (6,8%) auf.

Die DKP, die erstmals bei einer Kommunalwahl kandidierte, erhielt nur 0,5% der Stimmen und die Wählergruppen 0,3%. Sie

Stimmenanteile der Parteien

KREISFREIE STADT Kreis	CDU		SPD		FDP		SSW		DKP
	1970	1974	1970	1974	1970	1974	1970	1974	1974
FLENSBURG	34,8	40,5	40,7	32,5	3,1	6,8	21,1	19,8	0,4
KIEL	35,4	46,0	53,6	43,6	3,8	8,6	0,1	0,1	1,2
LÜBECK	43,8	49,3	48,3	40,3	5,2	9,5	-	-	0,8
NEUMÜNSTER	43,8	51,4	51,2	38,9	5,0	8,8	-	-	0,4
Zusammen	39,4	47,2	49,6	40,3	4,4	8,7	2,9	2,8	0,9
Dithmarschen	51,2	59,7	36,6	32,2	7,5	8,1	-	-	-
Hzgt. Lauenburg	48,6	54,6	43,5	34,9	5,2	10,1	-	-	0,4
Nordfriesland	47,7	54,2	36,5	30,1	7,0	10,1	5,9	5,6	-
Ostholstein	44,4	53,7	43,2	37,6	5,2	8,8	-	-	-
Pinneberg	45,5	53,4	45,4	33,7	6,1	11,5	-	-	1,3
Plön	45,7	53,6	46,3	38,7	5,1	7,2	-	-	0,5
Rendsburg-Eckernförde	49,4	55,8	42,1	34,2	4,8	8,9	1,1	0,9	0,2
Schleswig-Flensburg	51,0	53,9	32,0	28,1	5,2	7,5	7,1	6,8	-
Segeberg	47,6	56,0	39,8	30,5	8,4	13,5	-	-	-
Steinburg	48,6	56,9	40,5	33,8	7,3	8,9	-	-	0,4
Stromarn	45,5	57,4	43,9	39,0	7,7	3,3	-	-	0,2
Zusammen	47,7	55,3	41,1	33,9	6,2	9,1	1,2	1,2	0,3
Schleswig-Holstein	45,4	53,1	43,5	35,6	5,7	9,0	1,7	1,6	0,5

kamen damit ebensowenig zum Zuge wie der Einzelbewerber in Neumünster, der 252 Stimmen auf sich vereinigte.

Wahlvorschläge

Für die Wahl der Gemeinde- und Kreisvertretungen können Parteien im Sinne des Artikels 21 GG (politische Parteien), Wahlberechtigte, die sich zu einer Gruppe zusammenschließen (Wählergruppen) und einzelne Wahlberechtigte (Einzelbewerber) Wahlvorschläge einreichen. Die politischen Parteien und Wählergruppen können sowohl unmittelbare als auch Listenvertreter benennen und die Einzelbewerber können nur als unmittelbare Kandidaten auftreten. Die Wahlvorschläge sind innerhalb einer bestimmten Frist beim zuständigen Wahlleiter (Gemeindevahlleiter, Kreiswahlleiter) einzureichen. Der jeweilige Wahlausschuß entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge. Für die Zulassung sind neben der Einhaltung des Einreichungstermins verschiedene Voraussetzungen zwingend vorgeschrieben. So muß der vorgeschlagene Bewerber seine schriftliche Zustimmung zur Aufstellung gegeben haben. Gehört er einer politischen Partei oder Wählergruppe an, so muß diese schriftlich bestätigen, daß er Mitglied dieser Vereinigung ist. Außerdem muß er in geheimer Abstimmung von den wahlberechtigten Mitgliedern dieser Vereinigungen gewählt worden sein. Wird der Wahlvorschlag von einer Partei oder Wählergruppe eingereicht, die mindestens mit einem Bundes-, Landtags-, Kreis- oder Gemeindeabgeordneten im Wahlgebiet vertreten ist, so genügt es, wenn der Wahlvorschlag von

der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung unterzeichnet wird. Sonst muß zusätzlich eine bestimmte Anzahl von Wahlberechtigten den Wahlvorschlag durch ihre Unterschrift unterstützen. Darüber hinaus müssen die Satzung und das Programm der politischen Parteien und Wählergruppen vorliegen. Für überregionale Parteien und Wählergruppen ist es dabei nicht erforderlich, daß dies in jedem Kreis oder jeder Gemeinde geschieht, in der sie auftreten. Es genügt vielmehr, die Unterlagen beim Innenminister einzureichen, der sie als für das gesamte Wahlgebiet maßgebend bekanntmacht.

Weist der Wahlausschuß einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise zurück, so können der Vertrauensmann des Wahlvorschlages und der Wahlleiter dagegen Einspruch erheben. Der Wahlleiter kann dies auch gegen die Zulassung eines Wahlvorschlages tun. Über die Beschwerde entscheidet der nächsthöhere Wahlausschuß: Bei Wahlvorschlägen in kreisangehörigen Gemeinden der Kreiswahlausschuß, bei Wahlvorschlägen in kreisfreien Städten und Kreisen der Landeswahlausschuß. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig. Den Betroffenen bleibt jedoch die Möglichkeit, die Wahl mit einer Klage beim Verwaltungsgericht anzufechten.

Bei der Gemeindevahl in den vier kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den elf Kreisen bewarben sich fünf Parteien, zwei Wählergruppen und ein Einzelbewerber um die Sitze. Die drei im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP kandidierten in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Der SSW hatte in Flensburg sowie

in zwei Wahlbezirken von Kiel und in den Kreisen Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg Bewerber aufgestellt. Die DKP konnte in den vier kreisfreien Städten und in den sechs Kreisen: Hzgt. Lauenburg, Pinneberg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Steinburg und Stormarn gewählt werden. Wählergruppen bewarben sich nur in Kiel und im Kreis Schleswig-Flensburg. Der Einzelbewerber trat in Neumünster auf. Gegenüber der letzten Kommunalwahl hat sich die Zahl der Wählergruppen um drei und die der Einzelbewerber um fünf verringert; Die NPD verzichtete auf eine Kandidatenaufstellung und die DKP war erstmals vertreten.

Aus den eingereichten Wahlvorschlägen sind insgesamt 2 012 Bewerber zur Wahl zugelassen worden. Von ihnen waren 1 483 als Direktkandidaten in einem Wahlbezirk aufgestellt und 1 661 auf der Liste ihrer Partei oder Wählergruppe. Für beide gleichzeitig wurden 1 132 Bewerber nominiert. Damit sind im Durchschnitt über drei Viertel der unmittelbaren Bewerber auf einer Liste abgesichert. Bei der SPD ist es sogar fast jeder Kandidat und bei CDU und SSW sind es beinahe acht Zehntel. Am geringsten war die Doppelnominierung der FDP mit reichlich der Hälfte. Die CDU und die SPD nominierten für alle 401 Wahlbezirke Direktkandidaten und die FDP bis auf den Kreis Stormarn ebenfalls. Die FDP konnte nur in 9 der 27 Wahlbezirke des Kreises Stormarn auftreten, weil ihre anderen Wahlvorschläge nicht den Erfordernissen entsprachen. Der SSW hatte in Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg in allen Wahlbezirken Direktkandidaten aufgestellt und die DKP in Kiel, Lübeck und Pinneberg. Die Freie Wählergemeinschaft Schleswig-Flensburg kandidierte in allen Wahlbezirken des Kreises. Die SPD hat in allen kreisfreien Städten und Kreisen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine größere Liste aufzustellen, als Listenbewerber zu wählen waren und die CDU bis auf den Kreis Hzgt. Lauenburg ebenfalls. Die FDP und der SSW hatten dagegen überwiegend weniger Listenbewerber aufgestellt, als im günstigsten Fall zu wählen waren. Das trifft in noch stärkerem Maße für die DKP zu.

Die größte Zahl von Bewerbern stellte wie 1970 die CDU mit 656. Die SPD nominierte 629 Bewerber, die FDP 422, die DKP 152, der SSW 97 und die Wählergruppen 55.

Gewählte Vertreter

Die Anzahl der zu wählenden Vertreter richtet sich nach der Größe der Gemeinde und des Kreises. Die nachstehende Übersicht zeigt,

wie viele Vertreter in den kreisfreien Städten und Kreisen zu wählen waren:

Einwohner	Zu wählende Vertreter			Anzahl der Kreise	Vertreter insgesamt
	unmittelbare	Listen	zusammen		
Kreisfreie Städte	—	—	—	4	184
bis 150 000	23	20	43	2	86
über 150 000	27	22	49	2	98
Kreise	—	—	—	11	503
bis 200 000	27	18	45	9	405
über 200 000	29	20	49	2	98
Insgesamt	.	.	.	15	687

Durch die Neufassung des § 9 GKWG hat sich die Zahl der Vertreter gegenüber 1970 in den kreisfreien Städten bis 150 000 Einwohner um vier erhöht. Das betrifft Flensburg und Neumünster. In den Kreisen ist die Zahl der zu wählenden Vertreter gleich geblieben. Durch die Zusammenlegung von Flensburg-Land und Schleswig hat sich jedoch die Gesamtzahl entsprechend verringert. Insgesamt waren 687 Vertreter zu wählen. Wie noch zu zeigen sein wird, sind aber 697 gewählt worden.

Das bei der Kommunalwahl zur Anwendung kommende System ist eine Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich. Nach dem Wahlgesetz werden etwa sechs Zehntel der Vertreter unmittelbar durch Mehrheitswahl gewählt und die restlichen vier Zehntel auf Grund von Listenvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Für die Sitzverteilung ist jedoch letztlich die Verhältniswahl maßgebend, da jede Partei und Wählergruppe so viele Sitze bekommt, wie ihr nach ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen. Auf diese Sitze werden jene angerechnet, die in Direktwahl in den Wahlbezirken errungen worden sind. Verbleiben dann noch Sitze, so werden diese aus der Liste besetzt. An diesem Verhältnisausgleich nehmen jedoch nur jene Parteien und Wählergruppen teil, die im Wahlgebiet (kreisfreie Stadt, Kreis) mindestens 5% der gültigen Stimmen erhalten oder einen direkten Sitz errungen haben. Hat eine Partei oder Wählergruppe durch die Direktwahl mehr Sitze erreicht als ihr nach dem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen, so verbleiben ihr die Mehrsitze. Bei Bundes- und Landtagswahlen behält die Partei diese Mehrsitze als Überhangmandate ohne einen Ausgleich für die anderen Parteien. Für die Kommunalwahlen ist diese Ungleichheit seit 1966 beseitigt worden. Seither werden, wenn Mehrsitze entstanden sind, solange weitere Sitze auf alle Parteien und Wählergruppen verteilt bis der ursprüngliche Mehrsitz durch

den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt ist. Dabei können die zusätzlichen Sitze entweder einer anderen Partei oder Wählergruppe zufallen als der, die den Mehrsitz errungen hat (= weiterer Sitz), oder derselben Partei. Im letzteren Falle werden keine weiteren Sitze verteilt. Es gibt aber einen Vertreter mehr im Wahlgebiet als ihm nach seiner Größe zusteht. Da es aber vorkommen kann, daß diese Regelung eine übermäßige Vergrößerung der Vertretung nach sich zieht, hat der Gesetzgeber eine Schranke eingefügt: Die Zahl der weiteren Sitze darf nämlich höchstens doppelt so groß sein wie die der ursprünglichen Mehrsitze. Bei zwei Mehrsitzen dürfen also höchstens vier weitere Sitze verteilt werden. Ist der Mehrsitz dadurch nicht gedeckt, so bleibt er als Überhangmandat bestehen.

Solche Mehrsitze waren bei der Kommunalwahl 1970 nur im damaligen Kreis Flensburg-Land aufgetreten. Bei der diesjährigen Wahl war es in der Mehrzahl der Kreise, nämlich in sechs, der Fall, und zwar in den Kreisen Hzgt. Lauenburg (+ 1), Nordfriesland (+ 1), Ostholstein (+ 3), Plön (+ 1), Schleswig-Flensburg (+ 2) und Segeberg (+ 2). Dort hat die CDU jeweils mehr Direktmandate errungen als es ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil entsprach. Es kamen jedoch bis auf Ostholstein und Schleswig-Flensburg zu den Mehrsitzen der CDU keine weiteren Sitze hinzu, da die CDU nach ihrem Stimmenanteil die nächsten zusätzlichen Sitze bekam. Im Kreis Ostholstein errang die CDU zwei Mehrsitze und die SPD erhielt einen weiteren Sitz. Im Kreis Schleswig-Flensburg erzielte die CDU einen Mehrsitz und die SPD einen weiteren Sitz. Hier dürfte die niedrige Wahlbeteiligung der Nachwahl eine Rolle gespielt haben. Der Direktbewerber der CDU errang den unmittelbaren Sitz im Wahlbezirk. Seine Stimmenzahl war jedoch nicht groß genug, um damit den verhältnismäßigen Sitzanteil abzudecken. Die CDU erhielt also einen Mehrsitz, der erst mit einem weiteren Sitz der SPD ausgeglichen werden konnte.

Wie kann es zu einer solchen Häufung von Mehrsitzen kommen? Das liegt daran, daß bei der Kommunalwahl die Mehrheitswahl ein Übergewicht hat, oder anders ausgedrückt, der Verhältnisausgleich zu schmal ist. Wie schon beschrieben, werden etwa 60% der Bewerber unmittelbar durch Mehrheitswahl gewählt und 40% über die Liste durch Verhältniswahl. Hat nun eine Partei alle unmittelbaren Sitze eines Kreises gewonnen und bleibt dabei insgesamt unter 60% der gültigen Stimmen, so hat sie 60% der Sitze, aber nicht den entsprechenden verhältnismäßigen Stimmenanteil. Am Beispiel des

Kreises Ostholstein soll dies verdeutlicht werden. Die CDU erreichte in Ostholstein 53,7% der gültigen Stimmen. Nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren hätten ihr danach 24 oder 53% der Sitze zugestanden. Sie erhielt aber 26 unmittelbare Sitze und damit 58%. Die d'Hondt'schen Höchstzahlen ergeben folgendes Bild:

Teilungsziffer	CDU		SPD		FDP	
	Teilungszahl	Sitzfolge	Teilungszahl	Sitzfolge	Teilungszahl	Sitzfolge
1	54 750	(1)	38 325	(2)	8 967	
2	.		.		4 483	
3	.		.		2 989	(33)
4	.		.		2 241	(45)
5	.		.		1 793	
6	.		.			
7	.		.			
8	.		.			
9	.		.			
10	.		.			
11	.		.			
12	.		.			
13	.		.			
14	.		.			
15	.		.			
16	.		2 395	(41)		
17	.		2 254	(44)		
18	.		2 129	(47)		
19	.		2 017			
20	.		.			
21	.		.			
22	2 488		.			
23	2 380	(42)	.			
24	2 281	(43)	.			
25	2 190	(46)	.			
26	2 105	(48)	.			
27	2 027		.			

Die durchgezogene Linie zeigt, wie 45 Sitze verhältnismäßig zu verteilen sind: die CDU erhält 24 Sitze, die SPD 17 Sitze und die FDP 4 Sitze. Da die CDU aber ihre 26 unmittelbar gewonnenen Sitze behält, sind zusätzliche Sitze zu verteilen. Die d'Hondt'schen Höchstzahlen ergeben, daß die Mehrsitze der CDU abgedeckt sind, wenn die SPD einen weiteren Sitz bekommt. Daher werden 48 Sitze verteilt, von denen die CDU 26, die SPD 18 und die FDP 4 erhält.

Anstelle von 687 insgesamt zu wählenden Vertretern sind dadurch 697 gewählt worden. Die Zahl der Listenvertreter hat sich damit ebenfalls um 10 auf 296 erhöht.

Bei den nachfolgenden Vergleichen der Ergebnisse mit 1970 muß beachtet werden, daß die Sitzverteilung von 1970 auf die jetzige Kreiseinteilung (Schleswig-Flensburg) und nach der Erhöhung der Sitzzahl in Flensburg und Neumünster umgerechnet worden ist. Außerdem konnten die Mehrsitze im ehemaligen

Kreis Flensburg-Land nicht berücksichtigt werden, da nicht gesagt werden kann, ob sie auch bei der neuen Kreiseinteilung aufgetreten wären. Weiterhin kommt die damalige Freie Wählergemeinschaft Flensburg-Land nicht mehr zum Zuge, da sie im neuen Kreis Schleswig-Flensburg unter der 5%-Grenze bleibt.

Wie 1970 konnten nur vier Parteien, nämlich CDU, SPD, FDP und SSW, Sitze erringen. Die DKP blieb ebenso wie die Wählergruppen und der Einzelbewerber auf der Strecke. Die CDU gewann 381 Sitze und verbesserte sich um 51 Sitze. Sie gewann 360 oder neun Zehntel der 401 unmittelbaren Sitze. Ihr gelang beinahe der totale Erfolg. Sie stellt nämlich nicht nur in allen kreisfreien Städten und Kreisen die stärkste Fraktion, sondern besitzt darüber hinaus in allen Kreisen und in zwei kreisfreien Städten die absolute Mehrheit der Sitze. Die CDU hat in allen kreisfreien Städten und Kreisen Sitze gewonnen und dabei jeweils mindestens zwei. Sie hat ihre absolute Mehrheit in den Kreisen Dithmarschen, Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Steinburg ausgebaut und in allen anderen Kreisen erstmals gewonnen. Dabei muß erwähnt werden, daß sie 1970 in den Kreisen Pinneberg und Stormarn mit der SPD gleichauf lag. Besonders beachtlich sind die Erfolge der CDU in den kreisfreien Städten. Sie konnte die absolute Mehrheit der SPD in Lübeck und Neumünster in eine eigene umwandeln und brach sie in Kiel, wobei sie die SPD gleichzeitig auf den 2. Platz verwies. In Flensburg stellt die CDU ebenfalls die stärkste Fraktion.

Die SPD erzielte 249 Sitze und verlor damit 63 Sitze. Im Gegensatz zur CDU brachte sie nur wenige Bewerber, nämlich 40 direkt in den Wahlbezirken durch. Bei weitem die Mehrzahl (209) zieht über die Liste in die Kreistage und die Stadtvertretungen der kreisfreien Städte ein. Die SPD verlor in allen kreisfreien Städten und Kreisen Sitze. Ihr Sitzanteil sank in den Kreisen von vier Zehntel auf ein Drittel und in den kreisfreien Städten von gut der Hälfte auf vier Zehntel. Sie liegt damit in keinem Kreis und keiner kreisfreien Stadt an der Spitze. Vor vier Jahren stellte sie noch in Kiel, Lübeck und Neumünster die absolute Mehrheit, in Flensburg die stärkste Fraktion und lag in Pinneberg und Stormarn mit der CDU gleichauf. Der Anzahl der Sitze nach erlitt die SPD die größten Verluste in Kiel (- 8) sowie in Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg mit jeweils 6 Sitzen.

Die FDP gewann 54 Sitze und verbesserte sich um 23 Sitze. Sie ist außer in Stormarn

KREISFREIE STADT Kreis	Sitze ins- gesamt	Sitzverteilung			
		CDU	SPD	FDP	SSW
FLENSBURG	43	18	14	3	8
KIEL	49	23	22	4	.
LÜBECK	49	25	20	4	-
NEUMÜNSTER	43	23	17	3	-
Zusammen	184	89	73	14	8
Dithmarschen	45	27	15	3	-
Hzgt. Lauenburg	46 ^a	26 ^a	16	4	-
Nordfriesland	46 ^a	26 ^a	14	4	2
Ostholstein	48 ^{bc}	26 ^b	18 ^c	4	-
Pinneberg	49	27	17	5	-
Plön	46 ^a	25 ^a	18	3	-
Rendsburg-Eckernförde	49	28	17	4	.
Schleswig-Flensburg	47 ^{ac}	27 ^a	14 ^c	3	3
Segeberg	47 ^b	27 ^b	14	6	-
Steinburg	45	26	15	4	-
Stormarn	45	27	18	.	-
Zusammen	513	292	176	40	5
Schleswig-Holstein	697	381	249	54	13

1) einschließlich Nachwahl

a) 1 Mehrsitz, b) 2 Mehrsitze, c) 1 weiterer Sitz

wieder in allen Kreisen und kreisfreien Städten vertreten. Vor vier Jahren war sie in Flensburg, Kiel und Rendsburg-Eckernförde leer ausgegangen. Daß die FDP in Stormarn unter der 5%-Grenze blieb und damit ihre 3 Sitze einbüßte, dürfte auf die Nichtzulassung von 16 Bewerbern zurückzuführen sein. Diese Bewerber mußten wegen eines Formfehlers bei der Einreichung der Wahlvorschläge zurückgewiesen werden. Bis auf Dithmarschen, wo sie ihren Bestand hielt, konnte die FDP sonst in allen Kreisen und kreisfreien Städten Gewinne verbuchen.

Die Sitze des SSW gingen um einen auf 13 zurück, und zwar verlor er diesen Sitz in Flensburg. In den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg konnte er seine Stellung halten. In allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten ist der SSW wie 1970 nicht vertreten.

Die Frauen sind weiterhin in den Kreistagen und in den Vertretungen der kreisfreien Städte unterrepräsentiert. Nur 62 der 697 Vertreter sind Frauen und damit nicht einmal jeder Zehnte. Ihr Anteil hat sich zwar gegenüber 1970 leicht erhöht, er ist aber im Vergleich zum Anteil an den Wahlberechtigten (53%) sehr gering. In den Kreistagen sind knapp 15% der Vertreter Frauen und in den Vertretungen der kreisfreien Städte fast 7%. Die CDU entsendet 34 Frauen und die SPD 22. Gemessen an der Gesamtzahl sind es jedoch sowohl bei der CDU als auch bei der SPD 9%. Auch bei der FDP ist jeder 11. Vertreter eine Frau (5 von 54).

Die Verjüngung der Kommunalvertretungen hat sich fortgesetzt. Wie die folgende Übersicht zeigt, ist der Anteil der jüngeren Vertreter von Wahl zu Wahl gestiegen:

Altersgruppe	Anteil in %		
	1966	1970	1974
bis 39	15	26	34
40 bis 54	46	47	45
55 und älter	39	27	22

Gut ein Drittel der Vertreter der Kreise und kreisfreien Städte ist unter 40 Jahre alt; 1970 sind es ein Viertel und 1966 knapp 15% gewesen. Während in der mittleren Altersgruppe die Anteile fast unverändert geblieben sind, haben sich die in der obersten Altersgruppe entsprechend verringert: von 39% über 27% auf jetzt 22%. Die Herabsetzung des passiven Wahlalters dürfte dabei, eine wenn auch keine entscheidende, Rolle gespielt haben. Zur Wahl 1966 lag das Wählbarkeits-

alter bei 25 Jahre, 1970 bei 23 Jahre und 1974 bei 21 Jahre.

An der allgemeinen Verjüngung haben alle Parteien Anteil. Bei der CDU ist fast jeder Dritte unter 40 Jahre alt (1970: jeder Fünfte), bei der SPD sind es vier Zehntel (1970: jeder Dritte) und bei der FDP sogar jeder Zweite. In der obersten Altersgruppe (55 Jahre und älter) ist die CDU mit einem Anteil von gut einem Viertel am stärksten vertreten, während es bei der SPD 16% und bei der FDP 19% sind. Noch nicht 25 Jahre alt sind fünf Vertreter. Sie gehören der CDU (zwei) und der SPD (drei) an. Der jüngste Vertreter steht im 22. Lebensjahr und ist Vertreter der CDU. Über 70 Jahre alt sind ebenfalls fünf Vertreter. Sie werden von der CDU (zwei) und der SPD (drei) gestellt. Der älteste Vertreter steht im 77. Lebensjahr und gehört der SPD an.

Walter Dahms

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht B VII 3 - 5/74 enthalten. Vergleiche auch: "Die Kreiswahl in Schleswig-Holstein am 26. 4. 1970" in dieser Zeitschrift 1970, S. 150 (Juli)

Das Gesundheitswesen Schleswig-Holsteins 1972 im Spiegel der Statistik

Die amtliche Statistik trägt viele Zahlen über das Gesundheitswesen Schleswig-Holsteins zusammen. Sie erscheinen regelmäßig in Statistischen Berichten und in größeren Abständen in diesen Monatsheften. Dabei handelt es sich in der Regel um Teilbereiche der Gesundheitsstatistik. Einen Überblick über das Gesamtgebiet der Statistik des Gesundheitswesens zu geben, ist dagegen der Zweck dieses Aufsatzes.

Im Gesundheitswesen Tätige

Einmal jährlich melden die Gesundheitsämter dem Statistischen Landesamt, wie viele Erwerbstätige des Gesundheitsbereiches bei ihnen registriert sind. Die Karteien der Gesundheitsämter werden unter anderem durch entsprechende Vorschriften des Melderechts auf dem Laufenden gehalten. Das ärztliche und das Pflegepersonal bei der Bundeswehr ist in den Zahlen enthalten.

Ärzte und Zahnärzte

Ende 1972 waren danach in Schleswig-Holstein 4 105 Ärzte, 219 Medizinalassistenten und

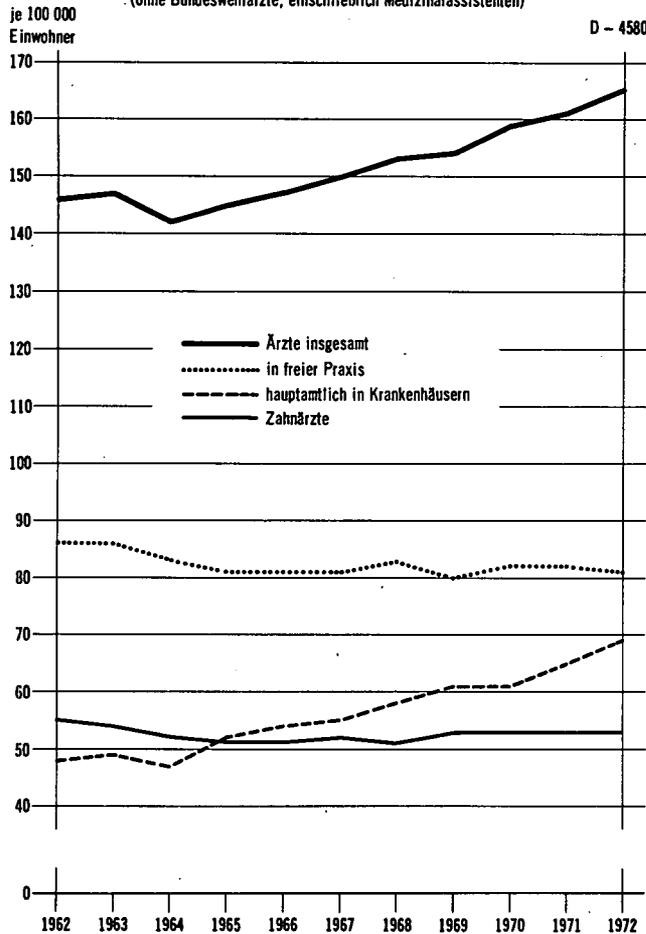
1 391 Zahnärzte tätig. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Ärzte um 151 oder 3,8% zugenommen, die der Medizinalassistenten und der Zahnärzte ist etwa gleich geblieben. Für 100 000 Einwohner standen 1972 160 Ärzte, 9 Medizinalassistenten und 54 Zahnärzte bereit. Vor zehn Jahren, also 1962, waren 3 228 Ärzte, 180 Medizinalassistenten und 1 282 Zahnärzte bei einer um mehr als 200 000 Einwohner niedrigeren Bevölkerung gezählt worden.

Die ärztliche Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren insgesamt verbessert, wie Bild 1 zeigt. Jedoch gilt es hier zu unterscheiden. Die Relation der in freier Praxis tätigen Ärzte und der Zahnärzte - meist ebenfalls in freier Praxis -, zu den Einwohnern ist in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. Sie ist auf jeden Fall nicht günstiger geworden. Stark zugenommen hat jedoch in bezug auf die Einwohner die Zahl der hauptamtlich in Krankenhäusern tätigen Ärzte und Medizinalassistenten.

Die oben genannten und im Bild dargestellten Meßzahlen sind relativ grob. Für regionale Vergleiche sollte bedacht werden, daß sie

In Arztberufen Tätige 1962 bis 1972

(ohne Bundeswehrärzte; einschließlich Medizinalassistenten)



desto weniger aussagefähig sind, je kleiner die untersuchten Regionen sind. Die Häufung der Ärzte, insbesondere der Fachärzte, in den größeren Städten muß berücksichtigt werden. Bestimmte Anstalten sind den Patienten aus anderen Bundesländern vorbehalten. Durchreisende und Urlauber sind ärztlich zu versorgen. Aus den genannten Meßzahlen kann also nicht auf eine bessere oder schlechtere ärztliche Versorgung eines Gebietes gegenüber einem anderen Gebiet geschlossen werden. Das ließe sich nur durch eingehende Fallstudien ermitteln.

In Krankenhäusern arbeiteten 1 744 Ärzte und 41 Zahnärzte. 202 von ihnen waren Belegärzte, sie betrieben demzufolge auch eine freie Praxis. Nur 7 der Belegärzte waren Zahnärzte. Eine freie Praxis führten einschließlich der genannten Belegärzte 2 073 Ärzte und 1 245 Zahnärzte. 1962 arbeiteten erst 940 Ärzte hauptamtlich und 196 als Belegärzte in einem Krankenhaus.

Ein nicht geringer Teil der Mediziner arbeitet für Behörden und andere Arbeitgeber. Sie gehen ihrer Tätigkeit z. B. als Medizinalbeamte bei den Gesundheitsämtern und den

Regierungen von Bund und Land nach oder als Betriebsärzte und dergleichen. Von den Ärzten gehört jeder neunte diesen Bereichen an, von den Zahnärzten dagegen nur jeder siebenundzwanzigste.

Die Fachärzte

2 327 oder 57% aller 4 105 Ärzte waren als Facharzt tätig. 15% der Fachärzte waren Frauen. Die größte Gruppe unter den Fachärzten stellten die 657 Ärzte für Allgemeinmedizin. Internist waren fast ein Fünftel und Chirurg genau 10%. Außergewöhnlich hohe Frauenanteile waren unter den Anästhesisten mit etwas mehr als der Hälfte und unter den Kinderärzten mit mehr als vier Zehntel zu finden. Von den 105 Hals-, Nasen-, Ohrenärzten waren dagegen nur 3, von 79 Orthopäden nur 5 und von den 56 Radiologen nur 2 Frauen. Auch von den 232 Chirurgen waren es nur wenige, nämlich nur 17.

Fast genau die Hälfte aller Fachärzte ohne die Allgemeinärzte arbeiteten in Krankenhäusern. Von ihnen waren 658 hauptamtlich in einer Klinik tätig, 191 als Belegarzt. Die Quote liegt bei vier Fachrichtungen weit höher. So waren von den in den Krankenanstalten tätigen Hals-, Nasen-, Ohrenfachärzten mehr als acht Zehntel Belegärzte, von den Urologen über sechs Zehntel, mehr als die Hälfte der Augenärzte und etwas weniger als die Hälfte der Frauenärzte. Von den 657 Fachärzten für Allgemeinmedizin arbeiteten 3 als Belegärzte.

Bei einem Vergleich zu 1962 müssen die Fachärzte für Allgemeinmedizin, die es früher noch nicht gegeben hat, aus der Gruppe der Fachärzte ausgeklammert werden. Es zeigt sich dann eine Zunahme der Facharztzahl um 8%. Da die Zahl der übrigen Ärzte erheblich stärker zugenommen hat, - aus Vergleichsgründen sind hierin auch die Fachärzte für Allgemeinmedizin einbezogen -, hat sich das Verhältnis der Fachärzte zu den übrigen Ärzten innerhalb von zehn Jahren von 48 zu 52 auf 41 zu 59 verschoben. Hierin zeigt sich nur ein scheinbarer Widerspruch zur Erfahrung des Alltags; denn unter den Ärzten mit freier Praxis hat die Zahl der Fachärzte um 21% zugenommen, wodurch sich das Verhältnis zu den übrigen Ärzten in freier Praxis von 36 zu 64 auf 43 zu 57 verschob, also klar zugunsten der Fachärzte. Hierbei wurden wie oben Fachärzte für Allgemeinmedizin nicht als Fachärzte gezählt.

Die Apotheker

Die Zahl der Apotheken und die der Apotheker nimmt ständig zu. Innerhalb von zehn Jahren

Ärzte am 31. 12. 1972 nach Fachgruppen¹

Fachgruppe	Insgesamt	Weiblich	davon			
			in freier Praxis ²		hauptamtl. in Krankenhäusern	bei Behörden und anderen Arbeitgebern
			ohne Tätigkeit in Krankenhäusern	mit Tätigkeit in Krankenhäusern		
Als Facharzt tätig zusammen	2 327	344	1 299	194	679	151
Allgemeinarzt	657	80	599	3	21	33
Anästhesist	45	24	1	1	43	-
Augenarzt	116	22	62	29	24	-
Chirurg	232	17	38	21	155	17
Frauenarzt	159	25	62	43	53	1
HNO-Arzt	105	3	37	57	10	1
Hautarzt	82	21	52	5	20	5
Internist	419	40	223	13	144	39
Kinderarzt	159	70	84	2	51	22
Kinder- und Jugendpsychiater	6	1	-	-	6	-
Laborarzt	9	1	5	-	4	-
Lungenarzt	46	8	14	1	14	17
Mund- und Kieferchirurg	9	-	2	-	7	-
Nervenarzt	105	25	37	3	59	6
Neurochirurg	5	-	-	-	5	-
Orthopäde	79	5	42	5	26	6
Pathologe	7	-	1	-	5	1
Pharmakologe	4	-	-	-	3	1
Radiologe	56	2	27	2	24	2
Urologe	27	-	13	9	5	-
Ärzte ohne eine der vorgenannten Facharztstätigkeiten	1 778	381	579	1	870	316
Ärzte insgesamt	4 105	725	1 878	195	1 549	467
dagegen 1962	3 228	446	1 818	196	940	263
Ausländer ³	102	8	3	-	98	1
Medizinalassistenten	219	45	.	.	215	3
dagegen 1962	180	49	.	.	180	-
Zahnärzte	1 391	237	1 238	7	34	51
dagegen 1962	1 279	159	1 201	29	-	9

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

2) ohne Assistenten bei Ärzten in freier Praxis

3) wurden erst ab 1967 erfaßt

hat sich die Zahl der Apotheken um ein Viertel (90) erhöht. 1972 stellten 837 voll ausgebildete Apotheker, unterstützt von weit über 1 000 Hilfskräften, in 449 Apotheken den Vertrieb von Arzneimitteln sicher. Hatte 1962 jede Apotheke durchschnittlich 6 500 Einwohner zu versorgen, so waren es 1972 nur noch 5 700. Von den 449 Apotheken, allesamt Vollapotheken, waren 433 öffentliche und 16 Krankenhausapotheken.

Sonstige Krankenpflegepersonen

Außer Ärzten, Zahnärzten, Medizinalassistenten und pharmazeutisch geschultem Personal waren Ende 1972 weitere 11 077 Personen unmittelbar und 2 620 mittelbar in der Krankenpflege tätig. Bei der erstgenannten Gruppe handelt es sich um Krankenschwestern und Krankenpfleger einschließlich Schüler und Helfer, bei der letztgenannten Gruppe um medizinisch-technische Assistenten, Masseur, Bademeister, Krankengymnasten und dergleichen.

Von zehn direkt in der Krankenpflege stehenden Kräften arbeiteten neun in den Krankenhäusern des Landes. Das gesamte nichtärztliche Krankenhauspersonal bestand dagegen aus über 20 000 Kräften. Auf die Verwaltung entfielen allerdings 940 und auf die Hauswirtschaft, also auf das in Küche, für Reinigung und dergleichen eingesetzte Personal, 6 790 Bedienstete. In den 15 Gesundheitsämtern des Landes waren neben den Ärzten und Zahnärzten rund 200 Kräfte mit einem Beruf aus dem Gesundheitsbereich angestellt. Die größte Gruppe bildeten die 89 Sozialarbeiter, wozu Fürsorger, Wohlfahrtspfleger und Gesundheitspfleger gehören.

Die Krankenhäuser

Ende 1972 gab es in Schleswig-Holstein 118 Krankenhäuser mit 25 802 planmäßigen Betten. 1962 dagegen waren es 129 Häuser mit 25 481 Betten gewesen. 72% des Bettenbestandes entfielen auf die öffentlichen

LANDESHAUSHALT 1974

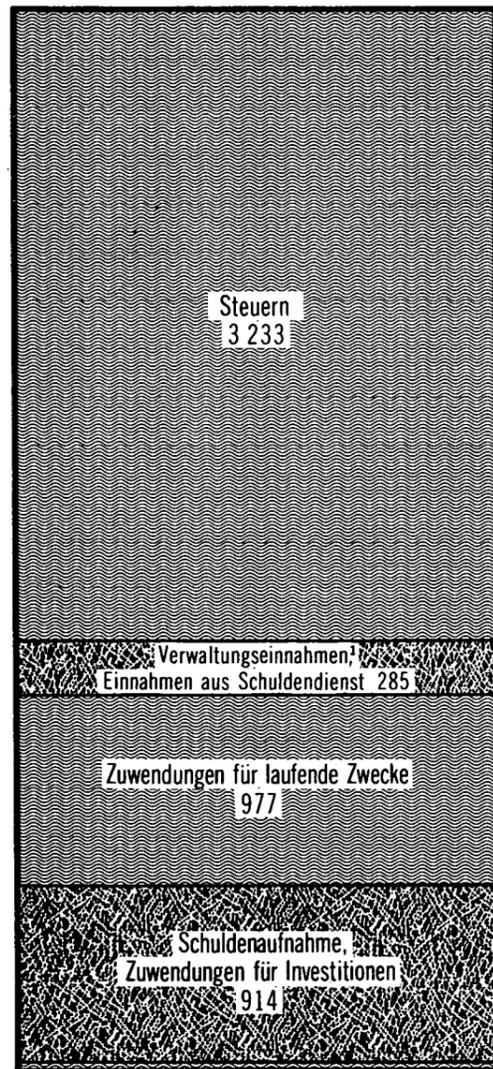
- Haushaltsansatz in Millionen DM -



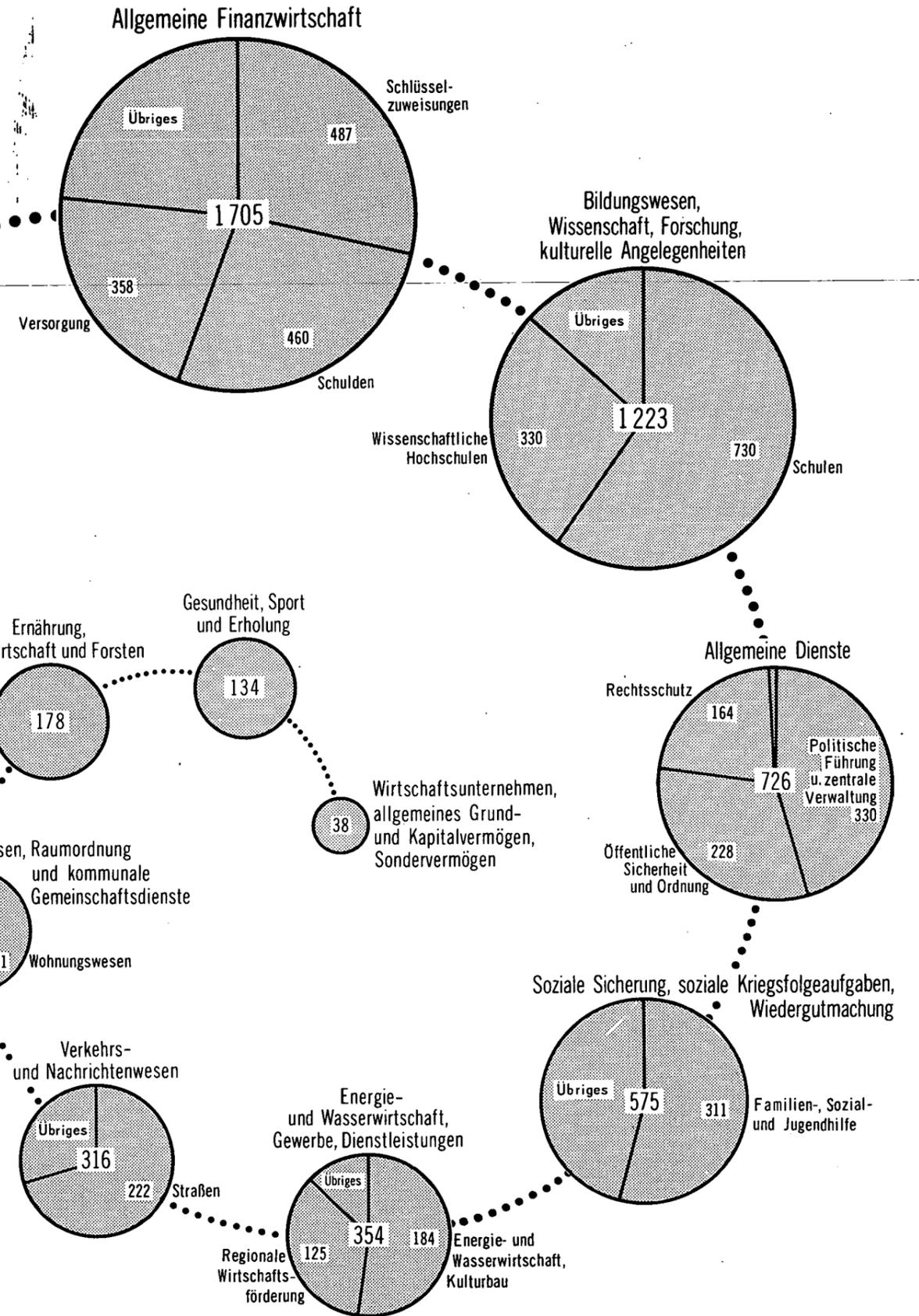
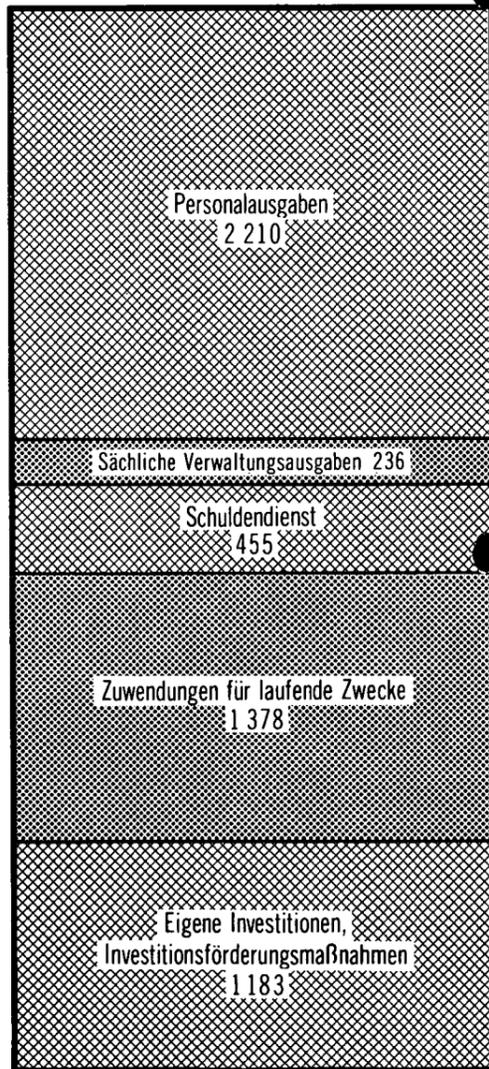
NACH AUFGABEN-
BEREICHEN

EINNAHMEN

NACH
ARTEN



AUSGABEN



1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

Krankenhäuser, 23% auf freigemeinnützige und 5% auf private. Für 10 000 Einwohner standen 101 Betten zur Verfügung. Diese Zahl verringert sich auf 87, wenn man die Betten abzieht, die überwiegend Patienten aus anderen Bundesländern vorbehalten sind. Die Betten waren zu 87% ausgenutzt.

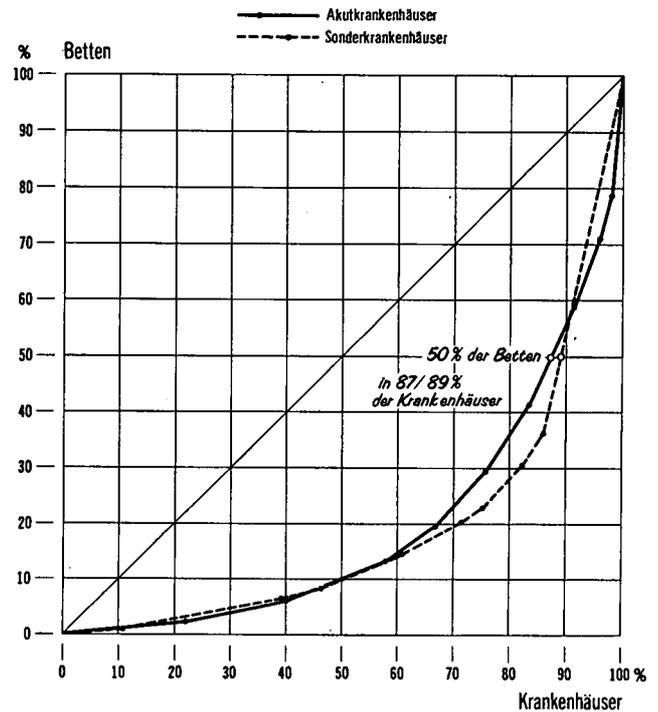
24 943 Betten standen in Fachkrankenhäusern und Fachabteilungen bereit, 859 in allgemeinen Krankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen. Für Akutkranke, also für Kranke, die in der Regel einer sofortigen Behandlung bedürfen, waren 13 566 Betten (52,6%) bestimmt, für sonstige Kranke, meist psychisch Kranke, 12 236 Betten. Von den Betten für Akutkranke standen ein Drittel (4 399) in chirurgischen Abteilungen oder Kliniken. Der Anteil der privat geführten Betten liegt hier bei 14%. Mit 3 850 Betten ist die Zahl der Betten für Kranke mit inneren Krankheiten nicht viel geringer. Für geburtshilfliche und gynäkologische Fälle standen 1 722 Fachbetten bereit, 12% davon in privat geführten Häusern.

Der höchste Privatbettenanteil findet sich in orthopädischen Abteilungen. Er beträgt hier 29%.

In den Häusern für Akutkranke stehen im Durchschnitt 159 Betten, in den Sonderkrankenhäusern 412 Betten. Die Spannweite zwischen dem kleinsten und dem größten Haus reicht bei den Kliniken für Akutkranke von 9 bis zu 1 562 planmäßigen Betten und bei den Sonderkrankenhäusern von 41 bis zu 3 107 Betten. Es ist dabei eine sehr starke Konzentration der Betten auf die großen

Planmäßige Betten in Krankenhäusern für Akutkranke und in Sonderkrankenhäusern am 31. 12. 1972

D - 4581



Häuser zu erkennen. Das zeigt am augenfälligsten die obige Lorenzkurve, die die von dem kleinsten bis zum größten Haus kumulierten Bettenzahlen in Prozenten den aufsummierten Häuserzahlen gegenüberstellt.

Kleine Akutkrankenhäuser sind entweder Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen oder Fachkrankenhäuser für Chirurgie, Orthopädie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten oder Urologie. Bei den Sonderkrankenhäusern ist die Verteilung durch das Schwergewicht der drei Landeskrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie Schleswig, Heiligenhafen und Neustadt sowie die psychiatrischen Heime der Ricklinger Anstalten, die sämtlich Platz für mehr als 1 000 Patienten haben, noch stärker auf die großen Häuser konzentriert.

Für 339 928 stationär behandelte Kranke wurden fast 8 180 000 Pflage tage geleistet. Die Aufenthaltsdauer eines Patienten im Krankenhaus betrug ohne die psychiatrischen und neurologischen Fälle 17,3 Tage. Für Akutkranke belief sich die Verweildauer auf 14,7 Tage. Die durchschnittliche Verweildauer Akutkranker war mit 7,2 Tagen am niedrigsten in den Fachabteilungen und Fachkliniken für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und mit 26,8 Tagen am höchsten in den Einrichtungen für Geschlechtskrankheiten.

Planmäßige Betten am 31. 12. 1972 nach der Zweckbestimmung

Fachabteilung oder Fachklinik	Betten		darunter in Privat- kliniken in %
	Anzahl	%	
Einrichtungen für Akutkranke	13 566	52,6	7,0
Innere Krankheiten	3 850	14,9	-
Infektionskrankheiten	489	1,9	-
Säuglings- und Kinderkrankheiten	994	3,9	-
Chirurgie	4 399	17,0	13,9
Orthopädie	221	0,9	29,0
Gynäkologie und Geburtshilfe	1 722	6,7	12,3
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	347	1,3	9,8
Augenkrankheiten	186	0,7	-
Haut- und Geschlechtskrankheiten	194	0,8	-
Sonstige Fachrichtungen und Bettenstationen	305	1,2	8,5
Allgemeines Krankenhaus ohne abgegrenzte Fachabteilungen	859	3,3	11,9
Einrichtungen für Nichtakutkranke	12 236	47,4	2,4
Tuberkulose	1 034	4,0	-
Psychiatrie und Neurologie	8 223	31,9	0,6
Sonstige Fachrichtungen	2 979	11,5	8,2
Insgesamt	25 802	100	5,2

Stationär Behandelte 1972
nach der Dauer des Krankenhausaufenthalts

Fachabteilung oder Fachklinik	Stationär Behandelte	Pflegetage	
		Anzahl	je Behandelten
Einrichtungen für Akutkranke	291 989	4 180 992	14,7
Innere Krankheiten	77 946	1 295 747	17,3
Infektionskrankheiten	3 042	60 778	20,9
Säuglings- und Kinderkrankheiten	15 326	263 433	17,9
Chirurgie	91 885	1 422 147	15,9
Orthopädie	3 215	66 036	21,2
Gynäkologie und Geburtshilfe	53 005	519 691	10,0
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	14 504	104 058	7,2
Augenkrankheiten	4 400	54 094	12,4
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2 268	58 632	26,8
Sonstige Abteilungen	6 618	82 329	12,7
Allgemeines Krankenhaus ohne abgegrenzte Fachabteilung	19 780	254 047	13,1
Einrichtungen für Nichtakutkranke	47 939	3 998 897	41,3^a
Tuberkulose	4 324	315 201	87,4
Psychiatrie und Neurologie	19 590	2 827 307	
Kurkrankenhaus	9 751	342 986	37,2
Sonstiges	14 274	513 403	39,3
Insgesamt	339 928	8 179 889	17,3^a

a) ohne Psychiatrie und Neurologie

betrug die Verweildauer bei den Frauen jedoch 17,0 Tage. Auch die Diagnosestatistik weist aus, daß sich die kürzeste Verweildauer in den Abteilungen für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten ergibt - sie belief sich 1972 auf 6,8 Tage -, und die längste in den Abteilungen für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Sie lag dort bei 32,2 Tage.

Die meisten der 144 993 Patienten, die 1972 aus den Abteilungen der 37 Häuser verlegt oder entlassen wurden oder dort starben, wurden in Abteilungen oder Fachkliniken für Chirurgie behandelt, nämlich 51 470. 48 268 Patienten lagen auf der Inneren, 25 770 in gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilungen.

Krankheiten der Verdauungsorgane kamen am häufigsten vor. Ihretwegen wurden 27 239 Personen vor allem behandelt. Das schließt nicht aus, daß weitere Patienten wegen solcher Leiden ärztliche Hilfe erhielten, da in der Diagnosestatistik in erster Linie die Hauptdiagnose ausgewertet wird, wie sie eben definiert wurde. Für Fallstudien werden bis zu drei Diagnosen verschlüsselt und aufgelistet. Ihre Verschlüsselung erfolgt nach

Abgeschlossene Fälle
nach Diagnosegruppe und Verweildauer 1972
in den 37 an der Diagnosestatistik teilnehmenden Krankenhäusern

Diagnosen	Abgeschlossene Fälle	Pflegetage je Fall	
		Männer	Frauen
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	3 156	19,5	19,9
Neubildungen	10 044	19,1	20,0
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	5 130	18,3	19,5
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	934	17,5	17,4
Seelische Störungen	2 393	8,5	11,1
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	2 095	14,5	18,6
des Kreislaufsystems	17 852	19,3	21,1
der Atmungsorgane	15 530	12,2	12,5
der Verdauungsorgane	27 239	15,2	16,1
der Harn- und Geschlechtsorgane	14 321	14,5	13,0
Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	4 925		9,1
Entbindung ohne Angabe einer Komplikation	10 443		8,4
Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	1 632	16,1	20,6
des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	4 007	18,2	22,6
Angeborene Mißbildungen	1 096	13,6	16,7
Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	1 858	14,4	15,7
Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten und Todesursachen	3 302	10,3	12,0
Unfälle, Vergiftungen und Gewaltteinwirkungen	19 036	14,5	18,6
Insgesamt	144 993	15,4	15,4

Die Krankheiten der Krankenhauspatienten

Als einziges Land der Bundesrepublik führt Schleswig-Holstein eine laufende Statistik über die Krankheiten der Krankenhauspatienten durch. Die Beteiligung an der 1969 begonnenen Erhebung ist freiwillig. An ihr nahmen 1972 37 Krankenhäuser und ein Teilkrankenhaus teil; das waren 42% aller Akutkrankenhäuser mit 7 392 oder 53% aller für diese Krankenhausart genehmigten Betten. In diesen Kliniken wurden 144 993 Behandlungsfälle abgeschlossen, wobei Neugeborene und Gutachtenfälle nicht mitgerechnet sind. Noch nicht einbezogen sind zur Zeit 10 der 41 öffentlichen, 10 der 16 freigemeinnützigen und fast alle privaten Akutkrankenhäuser. 6 von 10 Betten in öffentlichen Akutkrankenhäusern und 4 von 10 Betten in freigemeinnützigen Krankenhäusern werden statistisch erfaßt.

Im Durchschnitt verbrachten sowohl die Männer als auch die Frauen 15,4 Tage in einer Fachabteilung oder Fachklinik. Dieser Wert liegt knapp über dem oben genannten Wert von 14,7 Tagen für alle Krankenhäuser, wobei nicht nur die unterschiedliche Erfassungsquote, sondern auch die abweichende Berechnungsweise und die Tatsache eine Rolle spielen, daß in Akutkrankenhäusern auch Abteilungen für chronisch Kranke vorkommen. Ohne Entbindungen, Komplikationen in der Schwangerschaft und im Wochenbett

der deutschen Übersetzung des von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebenen Handbuchs der internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968. 19 036 Personen wurden wegen eines Unfalls, einer Vergiftung oder einer Gewalteinwirkung aufgenommen. 17 852 wegen Kreislafschäden, 15 530 wegen krankhafter Atmungsorgane, 14 321 wegen Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane und 10 044 wegen Neubildungen.

Hypertrophie der Gaumen- und Rachenmandeln war die häufigste einzelne Erkrankung; an ihr litten 5 326 Personen. An zweiter Stelle folgte die akute Blinddarmentzündung mit 5 136 Patienten. Jeweils mehr als 2 500 Personen wurden wegen Gehirnerschütterung, Diabetes mellitus, akutem Herzmuskelinfarkt und Leistenbruch behandelt.

Lebensalter und Krankheitsdauer sowie Erkrankungshäufigkeit stehen bekanntlich in mehr oder minder engem Zusammenhang. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten in Abhängigkeit von ihrem Alter auf der Grundlinie würde in einer Grafik die Gestalt einer U-Kurve zeigen.

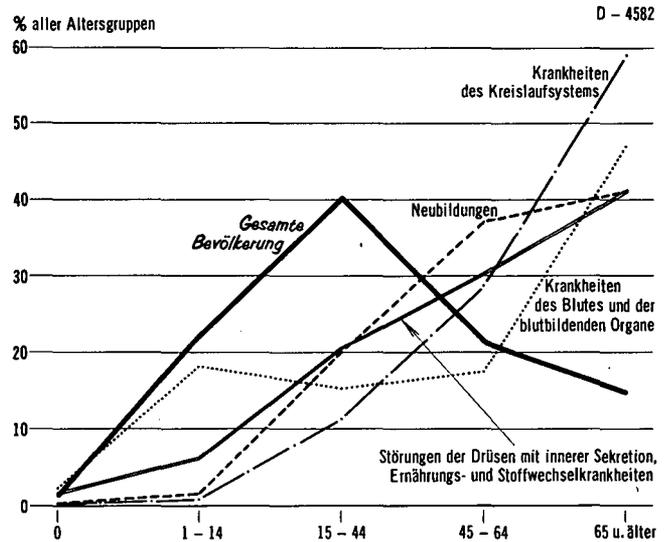
Abgeschlossene¹ Fälle und durchschnittliche Verweildauer nach dem Alter 1972

Alter in Jahren	Abgeschlossene Fälle	Pflegetage je Fall	
		Männer	Frauen
unter 1	4 462	18,0	18,6
1 bis 14	20 601	11,0	11,0
15 " 44	55 909	12,8	10,5
45 " 64	29 946	18,6	18,6
65 und mehr	34 075	19,5	23,4
Insgesamt	144 993	15,4	15,4

1) ohne gesunde Neugeborene und Gutachtenfälle

Das ist verständlich. Weniger widerstandsfähig sind, wie die Lebenserfahrung schon zeigt, Säuglinge und alte Menschen. Die durchschnittliche Verweildauer der Säuglinge liegt für fast jede der zusammenfassenden 17 Diagnosegruppen der ICD über der des übrigen Krankenguts. Auf den Durchschnitt von 18,3 Tagen haben sich die zahlreicheren Liegetage wegen Atmungs- und Verdauungsbeschwerden besonders ausgewirkt. An diesen Krankheiten litt nämlich fast jeder dritte Säugling. Daß die Werte bei den Frauen im mittleren Alter unter denen der Männer liegen, rührt daher, daß der Krankenhausaufenthalt anlässlich einer komplikationslosen Entbindung bei achteinhalb Tagen lag, die durchschnittliche Verweildauer der Frauen somit drückt.

Patienten bestimmter Krankheiten nach dem Alter



Bestimmte Krankheiten kommen in bestimmten Lebensabschnitten vor, wie etwa Krankheiten der Säuglinge oder Entbindungskomplikationen. Bei anderen Krankheiten zeigt sich eine Zunahme mit steigendem Lebensalter. Krankheiten des Kreislaufsystems, Neubildungen, die Gruppe Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten, wozu unter anderen Diabetes mellitus rechnet, und Krankheiten des Blutes und blutbildender Organe treten mit steigendem Alter häufiger auf.

Zum Vergleich ist die Kurve mitgezeichnet worden, die die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung wiedergibt.

Die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten

Nach dem Bundesseuchengesetz vom 18. Juli 1961 sind bestimmte Krankheiten, die unmittelbar oder mittelbar auf den Menschen übertragen werden können, in erster Linie von dem behandelnden Arzt, sonst von anderen im Gesetz aufgeführten Personen, innerhalb von 24 Stunden dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden. Das Gesetz sieht für eine Reihe von Krankheiten die Meldung nur bei einem Todesfall, bei einer anderen Gruppe von Krankheiten bei Erkrankung und Todesfall, bei einer dritten Gruppe sogar schon bei einem Krankheitsverdacht vor. Außerdem sind Ausscheider bestimmter Erreger zu melden.

Die Krankheitsmeldungen schwanken, nimmt man die Jahresergebnisse als Anhalt, stark. Das ist sicherlich nicht nur auf Schwankungen in der Erkrankungshäufigkeit zurückzuführen,

sondern liegt zum Teil auch an der Meldeintensität. Dadurch verliert die Statistik keinesfalls an Aussagekraft; denn zumindest die epidemiologischen Trends lassen sich erkennen.

Von den vielen im Gesetz aufgeführten Krankheiten haben zur Zeit nur fünf eine herausragende Bedeutung, wenn man die Zahl der Erkrankungen als Maß anlegt. Es sind in der Reihenfolge ihres Auftretens Tuberkulose, Scharlach, Hepatitis infectiosa, Enteritis infectiosa und übertragbare Hirnhautentzündung. Diese fünf machten 1972 fast alle gemeldeten Erkrankungen aus.

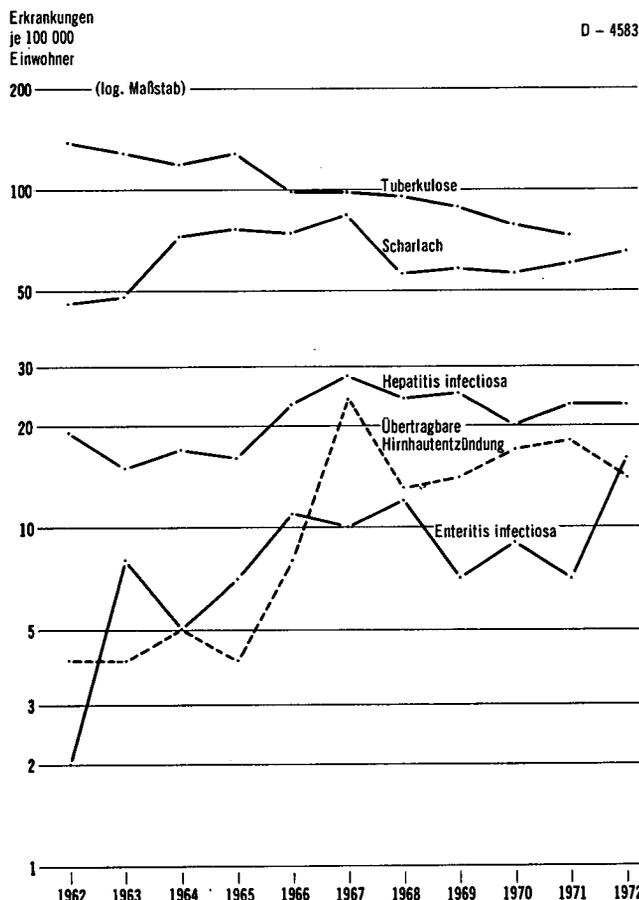
Die Tuberkulose-Erkrankungen werden von den Gesundheitsämtern direkt gemeldet. Für sie wird eine eigene Statistik geführt. Es werden nicht nur Zugänge registriert, sondern sämtliche Tuberkulose-Fürsorgefälle nachgewiesen, also auch die Bestände, und zwar nach der Art des befallenen Organs. Wegen einer Verfahrensumstellung können hier nur Zahlen von 1971 genannt werden. In diesem Jahr wurden 1 859 Zugänge gemeldet, wobei der Anteil der erstmals bekanntgewordenen Tuberkulosen bei den Männern 73% und bei den Frauen 79% aller Erkrankten betrug. Am 31. Dezember 1971 waren bei den Gesund-

heitsämtern 7 904 Personen mit einer aktiven Tuberkulose registriert.

Scharlach war, abgesehen von der Tuberkulose, die häufigste gemeldete Krankheit. 1972 wurden 1 669 Fälle gemeldet. Das waren 53% aller gemeldeten 3 156 Erkrankungen ohne Tbc. In 19% aller 3 156 Fälle handelte es sich um infektiöse Gelbsucht, in 13% um einen infektiösen Darmkatarrh und in 11% um eine übertragbare Hirnhautentzündung.

Wie das Bild zeigt, hat seit Inkrafttreten des Bundesseuchengesetzes die Tuberkulose von Jahr zu Jahr abgenommen, Scharlach und Gelbsucht zeigen einen leicht steigenden Trend. Die beiden anderen Krankheiten haben dagegen sehr an Bedeutung gewonnen. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß die meldepflichtigen Krankheiten verhältnismäßig selten auftreten. 1972 erkrankten von 100 000 Einwohnern nur 65 an Scharlach, 23 an Hepatitis infectiosa, 16 an Enteritis infectiosa und 14 an übertragbarer Hirnhautentzündung. An einer aktiven Tuberkulose erkrankten 1971 73 von 100 000 Einwohnern. Dabei sind die Personen mitgezählt, die mit einer aktiven Tuberkulose aus anderen Bundesländern zugezogen waren.

Die 5 häufigsten meldepflichtigen Krankheiten 1962-1972



Die Geschlechtskrankheiten 74

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 wird ab 1. Juli 1970 eine auf Meldungen der Ärzte beruhende Geschlechtskrankenstatistik durchgeführt. 1972 wurden von den Ärzten 3 471 Erkrankungen über die Gesundheitsämter und das Institut für Wehrmedizinostatistik und Berichtswesen gemeldet. Fast immer handelte es sich um Gonorrhoe. Syphilis wurde 190mal

Geschlechtskranke 1972 nach dem Alter

Alter in Jahren Familienstand	Insgesamt	Männlich	Weiblich
0 - 10	4	2	2
10 - 15	3	1	2
15 - 20	384	159	225
20 - 25	1 551	1 248	303
25 - 30	687	554	133
30 - 40	674	528	146
40 - 50	103	73	30
50 - 60	44	37	7
60 und älter	16	11	5
Zusammen 1	3 471	2 617	854
Ledig	2 527	2 016	511
Verheiratet	761	524	237
Verwitwet	20	6	14
Geschieden	162	70	92

1) einschließlich Fälle unbekanntes Alters und Familienstandes

gemeldet. Andere Erkrankungsarten spielen keine Rolle. Männer waren dreimal mehr unter den Erkrankten als Frauen. Daß auf Kiel 1 057 der 3 471 Meldungen entfallen, hängt damit zusammen, daß Kiel Hafenstadt und Marinestandort ist.

Die Erkrankungen wurden vor allem bei Ledigen festgestellt und hier besonders bei 20- bis 25jährigen.

Wieweit die Meldungen die wahren Erkrankungsziffern widerspiegeln, kann nicht gesagt werden. Ein Blick auf die Vierteljahresergebnisse von Mitte 1970 bis 1973 stimmt in dieser Hinsicht nachdenklich. Nach einem Anstieg der Meldungen bis Mitte 1972 nehmen sie seitdem tendenziell wieder ab.

Nacheiner in der Fachpresse¹ wiedergegebenen Äußerung des damaligen Staatssekretärs Westphal ist man auch im Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit davon überzeugt, daß die Meldepflicht gegenwärtig nicht von allen Ärzten eingehalten wird.

Die Todesursachen der Gestorbenen

Für jeden Sterbefall erhält das Statistische Landesamt ein von einem Standesbeamten oder einem Krankenhaus ausgefülltes Sterbefallzählblatt, das Angaben zur Person des Toten enthält. Über das jeweilige Gesundheitsamt gelangt der Leichenschauchein an das Statistische Landesamt. Ihm wird die Todesursache entnommen. Die Ermittlung der Todesursache setzt bei der zur Zeit praktizierten unikausalen Statistik ein festes Regelwerk voraus, nach dem sich der Signierer richten kann. Dies ist von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschrieben, so daß internationale Vergleiche möglich sind. Die statistisch ausgewiesene Todesursache ist die Krankheit oder Verletzung, die die zum Tode führende Kausalkette ausgelöst hat, das sogenannte Grundleiden.

Die Hälfte aller 32 847 im Jahre 1972 verstorbenen Männer und Frauen starben an einer Krankheit des Kreislaufsystems, davon zwischen einem Fünftel und einem Viertel an akutem Herzmuskelinfarkt. Von 100 000 Männern starben 191 an dieser Krankheit, von 100 000 Frauen 96. Die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts an Herzmuskelinfarkt ist also doppelt so hoch. Unterschiede für beide Geschlechter ergeben sich auch für die einzelnen Altersjahre. Während für die Männer diese Krankheit schon ab dem vierzigsten Jahr als Todesursache an Bedeu-

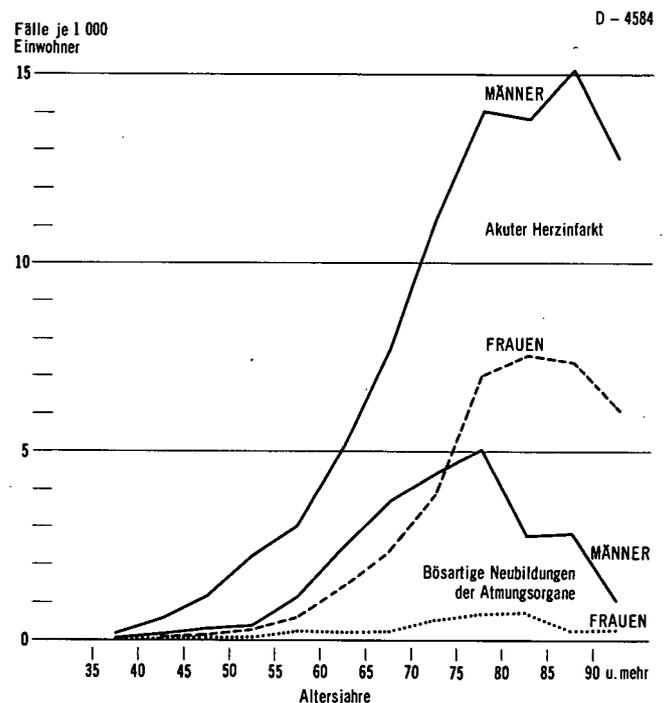
Gestorbene 1972 nach der Todesursache

Todesursache	Gestorbene		darunter Säuglinge	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	150	91	12	7
Neubildungen	3 281	3 204	-	1
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	250	535	1	3
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	141	163	7	8
des Kreislaufsystems	7 649	8 479	5	6
der Atmungsorgane	1 182	875	24	14
der Verdauungsorgane	686	648	10	3
der Harn- und Geschlechtsorgane	381	261	-	-
Angeborene Mißbildungen	91	62	58	36
Bestimmte Ursachen der perinatalen Mortalität	207	132	207	132
dar. nicht näher bezeichnete Unreife			93	51
hypoxische Krankheiten			56	43
Symptome und mangelhaft bezeichnete Todesursachen	716	788	14	10
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen	1 443	1 056	19	6
Übrige Krankheiten	195	181	-	-
Insgesamt	16 372	16 475	357	226

tung gewinnt, spielt sie für die Frau erst nach dem 55ten Jahr eine Rolle. Die Herzinfarkt-Sterblichkeit der 55- bis 60jährigen Frauen beträgt nur ein Fünftel derjenigen der gleichaltrigen Männer. Unter den 75- bis 80jährigen erreicht sie schließlich die Hälfte.

6 485 Personen, das waren ein Fünftel aller Toten, starben 1972 an Neubildungen. Allein

Die Erkrankungshäufigkeit bei Männern und Frauen



1) Deutsches Ärzteblatt, 1974, Heft 12, S. 884

2 480 Opfer forderten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane und des Bauchfells; von Krebs befallen war in 1 062 Fällen der Magen. Die Atmungsorgane wurden 1 027mal als Sitz des den Tod verursachenden Krebses genannt, und zwar 870mal für Männer und nur 157mal für Frauen. Gemessen an der Zahl der Einwohner gleichen Geschlechts starben sechsmal so viele Männer wie Frauen an dieser Krebsart. Der Grund - das Rauchen - dürfte offenkundig sein. Merkliche Quoten errechnen sich jedoch erst ab der Altersgruppe der 55- bis 60jährigen Männer und auf erheblich niedrigerem Niveau von den 70- bis 75jährigen Frauen ab.

An bösartigen Neubildungen der Harn- und Geschlechtsorgane starben 1 141 Personen, 628 Frauen und 513 Männer. Von letzteren litt mehr als die Hälfte an Prostatakrebs.

Nach der für die Bundesrepublik für 1967/69 berechneten Absterbeordnung betrug die mitt-

lere Lebenserwartung eines männlichen Lebendgeborenen 67,4 Jahre, einer weiblichen 73,5 Jahre. In der gleichen Größenordnung liegt auch das durchschnittliche Sterbealter beider Geschlechter für 1972. Anhand der Zahlen für Altersgruppen ergab sich, daß ein 1972 gestorbener Mann im Durchschnitt 67,8 Jahre gelebt hatte, eine Frau 73,1 Jahre.

Ein sehr erfreulicher Aspekt ist der neuerliche Rückgang der Säuglingssterblichkeit auf 19,5 Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene. 1972 starben 583 von 29 354 Säuglingen. 230 davon wurden keine 24 Stunden alt, 129 überlebten zwar einen Tag, nicht aber die erste Woche. Die häufigsten Todesursachen dieser Säuglinge waren Unreife, hypoxische Krankheiten (Sauerstoffmangel) und angeborene Mißbildungen.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten der Reihe A IV enthalten

Die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Jahre 1973

Erstmaliger Rückgang der Unfälle seit 1965

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Unfälle mit Personenschaden auf den Straßen Schleswig-Holsteins zum ersten Mal seit 1965 zurückgegangen. Insgesamt ereigneten sich 17 139 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 727 Personen getötet, 6 688 schwer und 16 001 leicht verletzt. Gegenüber 1972 ergeben sich folgende Veränderungen:

Unfälle	-	5%
Getötete	-	14%
Schwerverletzte	-	10%
Leichtverletzte	-	5%

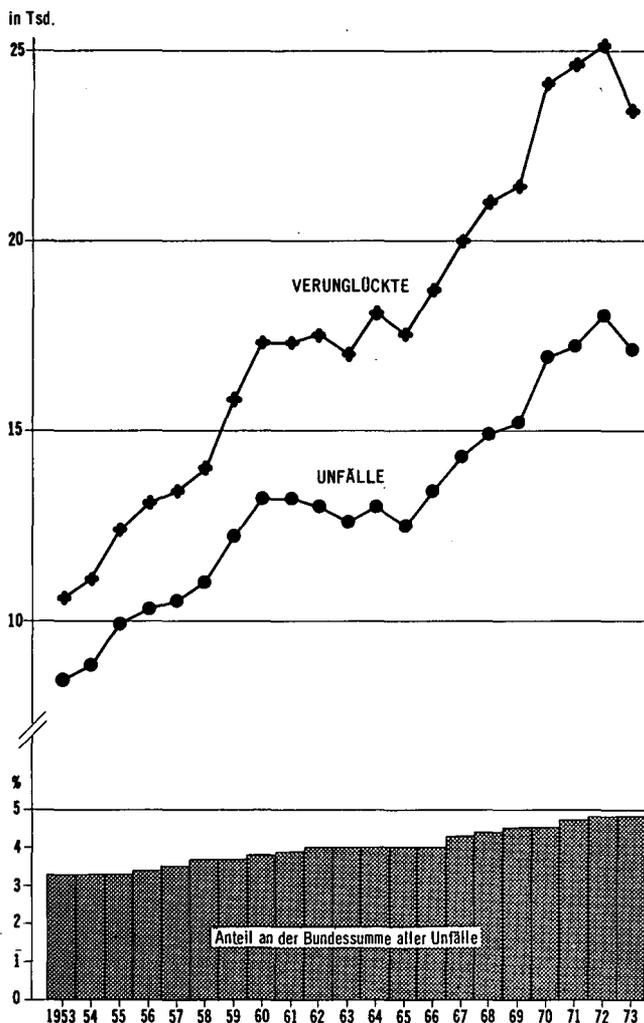
Verfolgt man die Zahl der Unfälle, Getöteten, Schwer- und Leichtverletzten seit 1953, hat man den Eindruck, als ob wir eine Verschlechterung des Unfallgeschehens wie ein unabwendbares Schicksal hinnehmen müßten. Tatsächlich war auch die rückläufige Entwicklung in der Zeit zwischen 1960 und 1965 weniger das Ergebnis verstärkter Bemühungen um Senkung der Unfallzahlen als die Folge des Strukturwandels beim Kraftfahrzeugbestand. Bekanntlich wurde in jener Zeit das Motorrad vom Pkw als Verkehrsmittel abgelöst. Daß das Unfallgeschehen keine Schicksalsfrage zu sein braucht, zeigt das Jahr 1973. Denn der Rückgang der Unfallzahlen ist in erster Linie den Maßnahmen zur Bekämpfung des Unfallgeschehens zu

verdanken. Es bleibt zu hoffen, daß die Unfallbilanz des Jahres 1973 den Anstoß zu weiteren Anstrengungen gibt, denn befriedigen kann das Ergebnis noch lange nicht.

Das günstige Ergebnis des Jahres 1973 ist auf mehrere Komponenten zurückzuführen. Als erstes ist "Tempo 100" auf Außerortsstraßen zu erwähnen, das am 1. Oktober 1972 eingeführt wurde. Dazu traten die vier Sonntagsfahrverbote am 25. November, am 2., 9. und 16. Dezember 1973 und die Geschwindigkeitsbegrenzungen von 100 km/h auf Autobahnen sowie 80 km/h auf allen übrigen Straßen außerhalb von Ortschaften ab 24. November 1973.

Diese beiden Maßnahmen waren ergriffen worden, um den durch die Ölkrise verursachten Engpaß im Energiebereich zu überbrücken. Aus Sorge um die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und infolge der damaligen akuten Benzinknappheit sind zahlreiche Autofahrer von sich aus auch schon vor Inkrafttreten der energiesparenden Maßnahmen langsamer gefahren. Die eindringlichen Appelle der Bundesregierung, sparsamer mit dem Benzin umzugehen, taten ein übriges. Eine weitere Komponente, die das Unfallgeschehen beeinflusst hat, war das 0,8-Promille-Gesetz, das in der Mitte des Jahres 1973 in Kraft trat.

Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden



Diesem Gesetz zufolge handelt ordnungswidrig, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er 0,8‰ oder mehr Alkohol im Blut oder eine Alkoholmenge im Körper hat, die zu einer solchen Blutalkoholkonzentration führt. Das Gesetz sieht eine Geldbuße bis zu 3 000 DM vor. Hat der Betroffene nur fahrlässig gehandelt, beträgt das Höchstmaß der Geldbuße 1 500 DM. In der Regel wird auch ein Fahrverbot angeordnet. Das neue Gesetz läßt die nach heutiger Rechtsprechung gültigen Alkoholtatbestände des Strafgesetzbuches unberührt. Wer also 1,3‰ oder mehr Alkohol im Blut hat, gilt weiterhin als absolut fahruntüchtig. Er erhält eine Strafanzeige. Ergibt sich ein Blutalkoholwert von 0,8‰ bis unter 1,3‰ und werden zusätzlich bei dem Kraftfahrzeugführer Ausfallerscheinungen, wie z. B. verminderte Reaktionsfähigkeit, Fahren in Schlangenlinie, Überfahren einer Kreuzung bei "rot", festgestellt, liegt der Tatbestand der relativen Fahruntüchtigkeit vor. Auch in diesem Fall

wird - wie bisher - eine Strafanzeige gefertigt. Der Ermittlungsvorgang wird mit dem sichergestellten Führerschein dem Staatsanwalt übergeben. Im Unterschied zu der Zeit vor dem 21. Juli 1973 wird jetzt also auch derjenige Kraftfahrzeugführer belangt, bei dem zwar keine Ausfallerscheinung, wohl aber ein Blutalkoholwert von 0,8‰ bis unter 1,3‰ festgestellt worden ist.

Die Zahl der Unfälle ging sowohl innerhalb als auch außerhalb von Ortschaften zurück. Wie zu erwarten, war der Rückgang außerorts stärker als innerorts. Er betrug außerorts 5,6%, innerorts 4,6%. Absolut gesehen verringerte sich die Zahl der Unfälle innerhalb jedoch stärker als außerhalb von Ortschaften. Während innerorts 520 Unfälle weniger registriert wurden, ging die Zahl der Unfälle außerhalb von Ortschaften um 370 zurück.

Unterscheidet man noch nach der Straßenart, erhält man weitere Aufschlüsse über den Einfluß der verschiedenen Maßnahmen. Um die Wirkungen noch stärker herauszuheben, werden Zeitabschnitte gebildet, die sich nach dem Inkrafttreten und Wirksamwerden der einzelnen Aktionen richten.

Erfolg durch 0,8-Promille-Gesetz ...

Zunächst wird das Unfallgeschehen innerhalb von Ortschaften betrachtet. Auf den Bundesstraßen ereigneten sich im vergangenen Jahr 2 748 Unfälle. Das sind 11,0% weniger als im Jahre 1972. Im ersten Halbjahr des Jahres 1973 - diese Zeitspanne wurde gewählt, um den Einfluß des 0,8-Promille-Gesetzes aufzuzeigen - wurden etwa ebensoviele Unfälle gezählt wie im vergleichbaren Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Im zweiten Halbjahr gingen die Unfälle im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Fünftel zurück. Zu diesem Ergebnis haben zweifellos die verschärften Alkoholbestimmungen beigetragen. Hierin spiegelt sich aber auch der Einfluß der Fahrverbote am Ende des Jahres 1973. Im Dezember nahm die Zahl der Unfälle auf Bundesstraßen immerhin um 34,5% ab.

Neben der 0,8-Promille-Regelung und den Fahrverboten hat auch die eingangs erwähnte wirtschaftliche Fahrweise zahlreicher Autofahrer im Zusammenhang mit der Energiekrise das Unfallgeschehen beeinflusst. Die verhältnismäßig starken monatlichen Ausschläge im 2. Halbjahr hängen mit dem Wetter zusammen. So war der Rückgang der Unfälle im Juli eine Folge des unbeständigen Wetters, das so manchen Tagesausflügler von einer geplanten Tour abgehalten hat. Andererseits hat die Kälteperiode im November die Unfallzahlen überdurchschnittlich anwachsen

lassen. Infolgedessen werden die witterungsbedingten Einflüsse annähernd kompensiert, so daß der Rückgang der Unfälle im 2. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr den erwähnten Einflußgrößen zugeschrieben werden kann.

Auf den Landes- und Kreisstraßen hat sich die Zahl der Unfälle innerorts nur unwesentlich erhöht. Insgesamt ereigneten sich 2 459 Unfälle. Das ergibt einen Zuwachs von 2,9%.

Die Entwicklung war in den beiden Halbjahren wiederum recht unterschiedlich. Während im 1. Halbjahr die Zahl der Unfälle um 11,3% zunahm, ging sie im 2. Halbjahr um 3,9% zurück. Auf den sonstigen Straßen ereigneten sich 5 645 Unfälle. Damit blieb die Zahl der Unfälle um 4,3% unter dem Vorjahresergebnis. Auch hier besteht ein merklicher Unterschied zwischen dem 1. und 2. Halbjahr. Während in der Zeit von Januar bis Juni ein Anstieg der Unfälle um 1,7% zu verzeichnen war, verringerte sich ihre Zahl in den nachfolgenden sechs Monaten um 9,5%.

und "Tempo 100"

Für die Entwicklung der Unfälle außerhalb von Ortschaften waren vor allem die Geschwindigkeitsbegrenzungen maßgebend. Besonders bemerkbar machte sich der Einfluß dieser Maßnahmen auf den Bundesstraßen. Während sich im vorigen Jahr 2 513 Unfälle ereigneten, waren im Jahre 1972 2 974 Unfälle registriert worden. Das ergibt einen Rückgang von 15,5%.

Für die Beurteilung der Auswirkungen der Höchstgeschwindigkeitsverordnung vom 1. Oktober 1972 muß der Zeitraum von Januar bis einschließlich September für sich betrachtet werden. In jenen 9 Monaten ereigneten sich 1 834 Unfälle mit Personenschaden. Das waren fast 20% weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Für die beiden Monate Oktober und November 1973 errechnet sich ein Rückgang von 4,2%. Da im Oktober und November 1972 die Höchstgeschwindigkeitsverordnung schon in Kraft war, kann für diese Entwicklung nur die durch die Ölkrise eingeschränkte Fahrleistung verantwortlich gemacht werden. Im Dezember 1973 lagen die Unfallwerte sogar etwas höher als ein Jahr zuvor. Offensichtlich ist auf den Bundesstraßen der Einfluß der zusätzlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen und der Sonntagsfahrverbote durch den Einfluß anderer Faktoren überkompensiert worden.

Auf den Landes- und Kreisstraßen, wo 2 491 Unfälle registriert wurden, war die Unfallentwicklung im Vergleich zu den Bundesstraßen weniger günstig. Doch blieben die Unfallzahlen mit 4,3% immer noch deutlich

unter den Vorjahrswerten. Im 1. Halbjahr war die Zahl der Unfälle sogar noch leicht angestiegen (+ 1,8%). Erst in Verbindung mit den Werten des 3. Quartals werden die Veränderungsdaten negativ (- 5,6%). Für das 3. Quartal errechnet sich eine Abnahmerate von 16,9%. Im letzten Quartal des Jahres 1973 veränderte sich das Unfallgeschehen gegenüber dem Vorjahr wiederum nur unwesentlich, wobei im Dezember die Zahl der Unfälle um 5,0% anstieg.

Im Gegensatz zu den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen hat sich die Zahl der Unfälle auf den sonstigen Straßen erhöht, und zwar von 690 auf 728 (+ 5,5%). In der Zeit von Januar bis September war die Zahl der Unfälle um 8,6% gestiegen, im 4. Quartal war sie um 6,3% gefallen. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses muß berücksichtigt werden, daß wegen der verhältnismäßig geringen absoluten Zahl der Unfälle auf dieser Straßenart geringfügige Schwankungen der Unfallzahlen relativ große prozentuale Veränderungen nach sich ziehen. Andererseits entspricht dieses Ergebnis durchaus den Erwartungen. Denn auf den sonstigen Straßen können im allgemeinen von vornherein keine hohen Geschwindigkeiten gefahren werden. Daher kann eine Geschwindigkeitsbegrenzung, die oberhalb der noch vertretbaren Geschwindigkeit liegt oder sich mit ihr deckt, das Unfallgeschehen unmittelbar gar nicht beeinflussen. Für die Landes- und Kreisstraßen gilt dieser Zusammenhang - allerdings in geringerem Maße - natürlich auch.

Auf den Autobahnen wurden im vergangenen Jahr 555 Unfälle mit Personenschaden aufgenommen. Das bedeutet gegenüber 1972 einen Zuwachs von 42,7%. Dieser verhältnismäßig große Zuwachs kann allein durch zwei Ursachen entstanden sein: einmal konnte man auf den übrigen Straßen ab 1. Oktober 1972 nur noch 100 km/h, ab 24. November 1973 sogar nur noch 80 km/h fahren, und ein Teil des Verkehrs ist aus diesem Grunde sicher auf die jeweils schnelleren Autobahnen ausgewichen. Andererseits ist das Streckennetz der Autobahnen in Schleswig-Holstein 1973 wesentlich länger als 1972 und vor allem durch Eröffnung der durchgehenden Strecken von Hamburg nach Kiel und nach Schleswig anziehender geworden; damit hat sich ein weiterer Teil des Verkehrs auf die Autobahnen verlagert.

Die Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Autobahnen ist zum Teil auch der Grund dafür, daß auf den Bundesstraßen die Zahl der Unfälle so stark zurückgegangen ist. Diese Aussage steht in scheinbarem Widerspruch zu dem verhältnismäßig geringen

absoluten Anstieg der Unfälle auf Autobahnen. Der Widerspruch löst sich aber auf, wenn man berücksichtigt, daß die relative Unfallhäufigkeit - das ist der Quotient aus Unfallzahl und Kilometerleistung - auf Autobahnen wesentlich niedriger liegt als auf Bundesstraßen. Eine bestimmte Zahl von Fahrzeugen und ihrer Fahrleistung führt auf der Autobahn zu weniger Unfällen als auf anderen Straßen. Wenn der gesamte Verkehr - theoretisch - nur auf Autobahnen lief, wäre allein dadurch bei gleichen Fahrleistungen die Unfallzahl erheblich kleiner.

Noch stärkerer Rückgang bei Verunglückten

Im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsbegrenzung ab 1. Oktober 1972 interessiert vor allem die Frage, welchen Einfluß diese Maßnahme auf die Zahl der Getöteten, Schwer- und Leichtverletzten gehabt hat. Dieses Problem läßt sich auch in die Frage nach dem Einfluß der getroffenen Maßnahmen auf die Schwere der Unfälle oder auf die Schwere der Personenschäden kleiden. Unter der Schwere der Unfälle versteht man das Verhältnis aus der Zahl der verunglückten Personen und der Zahl der Unfälle. Die Schwere der Personenschäden wird ausgedrückt durch das Verhältnis: Getötete und Schwerverletzte zu Leichtverletzte. Da die Höchstgeschwindigkeitsverordnung auf eine Milderung der Unfallfolgen außerhalb von Ortschaften abzielte, muß bei der Gegenüberstellung der Werte wiederum nach der Ortslage unterschieden werden.

Außerhalb von Ortschaften ereigneten sich im vergangenen Jahr 6 287 Unfälle mit

Personenschaden. Dabei verunglückten 9 736 Personen. Auf 100 Unfälle entfielen demnach im Durchschnitt 155 Verunglückte. Im Jahre 1972 waren demgegenüber bei 6 657 Unfällen 10 575 Personen verunglückt. Hieraus errechnet sich ein Verhältnis von 159 zu 100, d. h. bei 100 Unfällen verunglückten im Mittel 159 Personen. Die Schwere der Unfälle hat sich demnach im Jahr 1973 gegenüber 1972 verringert. Durch "Tempo 100" auf Autobahnen und "Tempo 80" auf allen übrigen Straßen außerhalb von Ortschaften wurde die Schwere der Unfälle weiter herabgedrückt. So entfielen im Dezember 1973 auf 100 Unfälle 143 Verunglückte. Ein Jahr zuvor verunglückten bei 100 Unfällen 151 Personen.

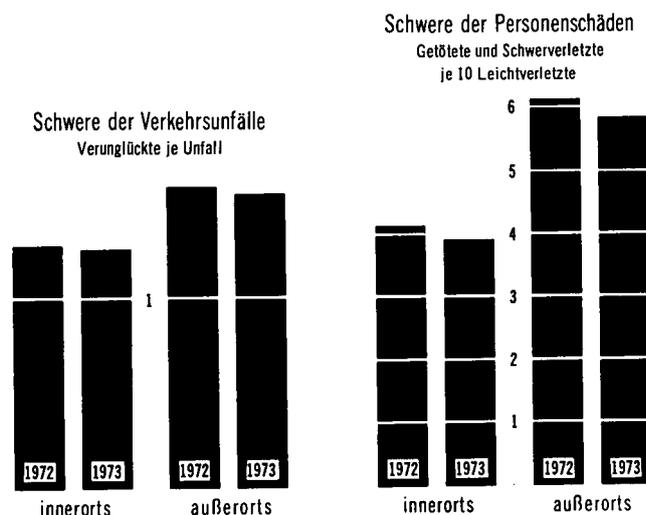
Ebenso wie die Schwere der Unfälle ist auch die Schwere der Personenschäden zurückgegangen. Die Zahl der im Jahre 1973 außerhalb von Ortschaften verunglückten Personen gliedert sich in 423 Tote, 3 161 Schwer- und 6 152 Leichtverletzte. Demzufolge entfielen auf 100 Leichtverletzte 58 Tote und Schwerverletzte. Im Jahre 1972 hatte ihre Zahl 61 betragen.

Auch innerhalb von Ortschaften ging die Schwere der Unfälle und der Personenschäden zurück. Im Jahre 1973 ereigneten sich innerorts 10 852 Unfälle. Die Zahl der Verunglückten belief sich auf 13 680. Bei 100 Unfällen verunglückten also 126 Personen. Im Jahre 1972 waren bei 100 Unfällen 128 Verunglückte registriert worden. Innerhalb von Ortschaften gab es 1973 304 Tote, 3 527 Schwer- und 9 849 Leichtverletzte. 100 Leichtverletzten stehen folglich 39 Tote und Schwerverletzte gegenüber. Im vorangegangenen Jahr waren auf 100 Leichtverletzte 41 Tote und Schwerverletzte entfallen.

In welchem Umfang sich die Zahl der Verunglückten, differenziert nach Ortslage und Straßenart, verändert hat, geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Straßenverkehrsunfälle innerorts und außerorts

D - 4587



Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und dabei Verunglückte

Ortslage Straßenart	Unfälle		Verunglückte	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 1972 in %	Anzahl	Veränderung gegenüber 1972 in %
Innerhalb von Ortschaften				
Bundesstraßen	2 748	- 11,0	3 601	- 12,0
Landes- u. Kreisstraßen	2 459	+ 2,9	3 185	+ 0,7
Sonstige Straßen	5 645	- 4,3	6 894	- 5,6
Außerhalb von Ortschaften				
Bundesstraßen	2 513	- 15,5	4 051	- 17,3
Landes- und Kreisstraßen	2 491	- 4,3	3 808	- 4,8
Sonstige Straßen	728	+ 5,5	1 011	- 1,3
Autobahnen	555	+ 42,7	866	+ 32,4

Innerhalb von Ortschaften verlief die Entwicklung auf den Bundesstraßen am günstigsten. Der Rückgang der Verunglückten betrug 12,0%. Auf den sonstigen Straßen kamen ebenfalls weniger Personen zu Schaden. Auf den Landes- und Kreisstraßen blieb die Zahl der Verunglückten annähernd konstant. Auch außerhalb von Ortschaften wurde auf den Bundesstraßen die größte prozentuale Abnahme registriert. Mit 17,3% nahm die Zahl der Verunglückten noch stärker als innerorts ab. Auf den Landes- und Kreisstraßen blieb die Zahl der Verunglückten um 4,8% unter dem Vorjahrsergebnis. Auch auf den sonstigen Straßen verunglückten weniger Personen (- 1,3%). Außerhalb von Ortschaften wurden nur auf den Autobahnen mehr Verunglückte registriert. Ihre Zahl stieg um fast ein Drittel. Trotz dieses erheblichen prozentualen Anstiegs - absolut stieg die Zahl der Verunglückten um 212 - verringerte sich die Zahl der Verunglückten je 100 Unfälle von 168 auf 156.

Weniger Alkoholunfälle

Ein großer Teil der Straßenverkehrsunfälle ist auf Alkohol zurückzuführen. Als Begleiterscheinung eines Unfalles tauchte Alkohol im vorigen Jahr 2 913mal in der Unfallstatistik auf. Für sich genommen sagt diese Zahl nicht viel aus. Erst in Verbindung mit anderen Merkmalen, wie z. B. der Zahl der Verkehrsteilnehmer, die in einen Verkehrsunfall verwickelt waren, oder der Zahl der Unfälle, kann man ihre Bedeutung ermessen. Da bei jedem Verkehrsteilnehmer die Ursache "Alkohol" höchstens einmal auftauchen kann, ist die Zahl der in der Unfallstatistik registrierten Alkoholfälle gleichbedeutend mit der Zahl der Verkehrsteilnehmer, die unter Alkoholeinfluß standen. Von 31 203 an Unfällen

mit Personenschaden beteiligten Verkehrsteilnehmern wurde demzufolge bei 2 913 Verkehrsteilnehmern Alkohol im Blut festgestellt, d. h. fast jeder zehnte Verkehrsteilnehmer stand - im Zusammenhang mit einem Unfall - unter Alkoholeinwirkung.

Wenn man feststellen will, wie groß der Anteil der Unfälle war, bei denen Alkohol im Spiel war, muß man berücksichtigen, daß in einem Unfall mehrere - betrunkene - Verkehrsteilnehmer verwickelt sein können. Allerdings ist die Zahl der Unfälle, bei denen dies zutrifft, verhältnismäßig gering. Man begeht daher keinen großen Fehler, wenn man die Zahl der Unfälle, bei denen Alkohol im Spiel war, der Zahl der Alkoholfälle gleich setzt. Bezieht man nun die Zahl der Unfälle mit Ursache Alkohol auf die Zahl der Unfälle insgesamt, errechnet sich ein Anteil von 17,0%. Bei annähernd jedem sechsten Unfall war also Alkohol im Spiel.

Gegenüber 1972 hat die Zahl der Alkoholfälle um 15,2% abgenommen. Darüber hinaus ist der Anteil der Verkehrsteilnehmer mit Alkohol im Blut an der Gesamtzahl der Verkehrsteilnehmer von 10,5% im Jahre 1972 auf 9,3% zurückgegangen. Die Zahl der unter Alkoholeinfluß stehenden Verkehrsteilnehmer ist also nicht nur absolut, sondern auch relativ gesunken. Das gilt auch für den Anteil der im Zusammenhang mit Alkohol stehenden Unfälle an der Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden.

Die Reaktion der Verkehrsteilnehmer auf die verschärften Alkoholbestimmungen läßt sich sehr deutlich an der Entwicklung der Alkoholfälle im ersten und zweiten Halbjahr ablesen. Während im ersten Halbjahr 1973 bei Unfällen mit Personenschaden 1 624mal Alkohol registriert wurde (gegenüber 1972: + 2%), waren es im zweiten Halbjahr nur

Unfallursachen 1973

Ursachen	Bei Unfällen				Insgesamt	
	innerhalb		außerhalb		Zahl der Ursachen	Anteil in %
	von Ortschaften					
Zahl der Ursachen	Anteil in %	Zahl der Ursachen	Anteil in %			
... bei Führen von Fahrzeugen	12 103	75,8	8 400	76,3	20 503	76,0
darunter Alkohol	1 473	12,2	1 216	14,5	2 689	13,1
... bei Fahrzeugen (techn. Mängel, Wartungsmängel)	214	1,3	279	2,5	493	1,8
... bei Fußgängern	2 413	15,1	307	2,8	2 720	10,1
darunter Alkohol	173	7,2	49	16,0	222	8,2
Straßenverhältnisse	983	6,2	1 469	13,3	2 452	9,1
Witterungseinflüsse	182	1,1	357	3,2	539	2,0
Sonstige Ursachen	73	0,5	193	1,8	266	1,0
Insgesamt	15 968	100	11 005	100	26 973	100

noch 1 289 Fälle. Das bedeutet, daß die Zahl der Alkoholfälle gegenüber dem ersten Halbjahr um 20,6% zurückgegangen ist. Im Vergleich zu 1972 ergibt sich sogar ein Rückgang von 30,0%.

Ein weiteres Anzeichen für den Einfluß des 0,8-Promille-Gesetzes ist die Entwicklung der Alkoholfälle bei Fußgängern und bei Führern von Kraftfahrzeugen. Da sich die neue Alkoholregelung ausschließlich gegen die Führer von Kraftfahrzeugen richtet, war zu erwarten, daß sich die Zahl der in einen Verkehrsunfall verwickelten unter Alkoholeinfluß stehenden Fußgänger nur unwesentlich verändert, die Zahl der Führer von Kraftfahrzeugen mit Alkohol im Blut dagegen erheblich zurückgehen würde. Tatsächlich ist die Zahl der Alkoholfälle bei Fußgängern 1973 mit 222 konstant geblieben; innerhalb von Ortschaften waren 173 unter Alkoholeinfluß stehende Fußgänger verunglückt, außerhalb von Ortschaften waren es 49. Diese Anteile haben sich nur geringfügig verschoben. Bei den Führern von Kraftfahrzeugen wurde dagegen ein erheblicher Rückgang der Alkoholfälle beobachtet. So wurde im letzten Jahr 2 579mal Alkohol bei Fahrzeugführern im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, bei dem Verkehrsteilnehmer getötet oder verletzt wurden, festgestellt,

1972 waren es 3 105 Fälle gewesen. Das bedeutet, daß die Zahl der Alkoholfälle um 17,0% zurückgegangen ist. Innerhalb von Ortschaften wurde Alkohol 1 392mal als Unfallursache festgehalten. Hier ging die Zahl der Alkoholfälle um 18,1% zurück. Bei Unfällen außerhalb von Ortschaften lag Alkohol im Blut in 1 187 Fällen vor. Der Rückgang betrug 15,5%.

Besonders hoch ist der Anteil der Unfallursache "Alkohol" bei den Unfällen mit Getöteten. 1972 war bei 757 Unfällen mit Getöteten 238mal Alkohol als Ursache angegeben worden. Unterstellt man wiederum, daß bei jedem Unfall jeweils nur ein Verkehrsteilnehmer unter Alkoholeinwirkung stand, war demnach bei 31,4% aller Unfälle mit Getöteten Alkohol im Spiel gewesen. Für 1973 wurden 182 Alkoholfälle und 654 Unfälle mit Getöteten registriert, das ergibt einen Alkoholanteil von 27,8%. Außerhalb von Ortschaften ist dieser Anteil nur geringfügig gesunken, nämlich von 30,9% auf 30,4%. Innerhalb von Ortschaften hat sich der Anteil von 32,3% im Jahre 1972 auf 24,7% im letzten Jahr verringert.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten H 1 1 und H 1 1/S enthalten. Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift 1973, S. 11 (Januar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 5 . Mai 1974

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1972	1973	1973			1973/74			
			Monats- durchschnitt	Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 565	2 566	2 568	2 580
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	661	864	1 394	1 112	596	839	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,4	5,9	3,0	4,4	6,4	5,1	2,7
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 249	2 077	2 335	2 065	2 092	2 020	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	10,3	10,3	10,7	10,7	9,4	9,5	7,15	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 912	2 562	2 662	2 948	2 763	2 715	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,8	12,6	13,4	13,0	12,2	13,5	12,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	48	41	59	51	34	34	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	19,9	21,7	21,3	19,7	25,3	24,7	16,3	16,8	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	290	494	663	485	327	883	671	695	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	1,4	2,3	3,0	2,5	1,5	4,0	3,1
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	8 257	7 035	8 478	6 169
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	6 744	5 251	6 422	5 698
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 1 513	+ 1 784	+ 2 056	+ 471
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	10 829	8 896	10 234	9 457
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	25 830	21 182	25 134	21 324
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	168	165	168	153	162	140
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	12	14	19	18	15	27	34	34	30
darunter *Männer	1 000	7	8	11	10	8	16	21	21	18
Offene Stellen	1 000	19	20	16	19	22	11	12	14	17
darunter für Männer	1 000	11	13	11	12	14	7	8	9	10
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a	.	.	.	1 496	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	498 ^a	504 ^a	.	.	.	504	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^b	.	.	1 581	1 659	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	.	.	159	168	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	.	.	100	111	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	29	22	24	29	35	28	31
*Kälber	1 000 St.	2	1	2	2	2	1	2	2	2
*Schweine	1 000 St.	205 ^b	200 ^c	208	182	206	196	221	187	193
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 ^b	7 ^c	14	10	7	12	13	9	7
*Schlachtsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	24,1	20,3	22,9	22,4	26,4	22,0	23,4
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	7,6	5,8	6,2	7,2	9,0	7,2	7,9
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	16,3	14,3	16,5	15,0	17,3	14,6	15,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	269	265	262	262	268	268	263
Kälber	kg	78	95	91	93	95	100	97	98	95
Schweine	kg	83	83	84	83	83	82	83	82	82
Geflügel										
Eingelegt Bruteier 6)	1 000	518	515	554	609	442	467	527	614	648
*für Legehennenküken	1 000	877	879	879	819	986	581	934	741	1 011
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	911	692	895	666	910	471	699
*Milcherzeugung										
1 000 t	1 000 t	178	181	180	178	224	168	185	181	228
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	93	93	93	92	93	93	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	11,5	12,7	14,4	10,8	11,8	12,9	14,6

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	186	187	187	186	185	186	187
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	137	138	138	137	136	136	137
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	22 250	22 062	23 333	20 666	21 743	21 851	22 181
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	195,0	184,9	194,7	218,5	208,0	190,5	200,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	89,3	88,5	90,5	117,4	100,0	96,9	100,6
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	25	26	26	34	31	31	32
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	15,9	15,3	14,4	16,6	14,7	15,7	14,1
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,8	3,9	2,8	3,9	3,1	5,0	3,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	12,1	11,4	11,6	12,7	11,6	10,7	11,0
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	108	99	102	108	104	98	105
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	29	25	26	23	23	22	23
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	79	74	76	86	81	75	82
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	171	167	187	173	168	174	186
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	36	33	35	47	41	37	38
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	1 439	1 236	1 282	1 435	1 655	1 504	1 434	1 809
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	162	267	261	352	238	238	481
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	160	176	185	181	176	188	202
*Bergbau	1962=100	109	100	106	104	102	95	96	96	92
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	163	191	204	167	178	212	222
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	177	200	206	220	208	225	244
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	198	209	229	228	200	212	241
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	127	132	137	136	137	130	137
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	123	125	142	89	119	131	138
Handwerk (Meßziffern)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	p 97,0	p 96,7	.	.	p 97,0	p 95,0
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	p 126,7	p 132,2	.	.	p 111,5	p 152,0
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	303	266	304	321	343	308	406
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	678	601	626	691	698	612	656
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	17	15	14	13	12	10	11
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	60 299	59 829	61 974	57 567	56 368	55 310	p 55 346
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	7 227	6 629	8 393	4 332	6 669	6 654	p 7 307
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 487	3 130	3 926	1 901	2 939	2 928	p 3 148
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 245	1 192	1 558	805	1 107	1 126	p 1 178
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 330	2 183	2 733	1 505	2 457	2 456	p 2 802
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	77,9	68,5	87,2	57,4	76,1	74,5	p 81,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	9,6	9,4	10,0	14,4	10,9	10,5	p 10,7
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	261,3	157,4	212,5	452,0	179,2	152,1	p 224,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	730	821	1 107	439	421	499	770
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	622	719	985	400	376	437	651
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	1 016	949	1 225	442	572	556	1 139
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	174 819	149 025	217 314	80 028	92 730	100 001	210 506
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	194	168	229	85	112	102	222
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	767	539	846	372	378	316	485
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	113 983	64 734	74 542	31 526	54 137	43 170	71 707
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	144	91	146	63	80	57	88
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	2 480	2 090	2 768	1 042	1 668	1 262	2 981
Baufertigstellungen										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 629	2 937	800	819	877	20 226	608	714	745
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	3 102	3 608	3 087	74 330	2 766	2 664	3 202
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	282,3	286,7	258,9	308,6	432,8	300,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	30,0	29,8	36,3	26,3	48,3	43,1	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	152,2	256,9	222,6	282,3	384,6	257,0	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,7	4,9	5,5	5,7	8,0	7,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	15,5	15,2	14,7	18,9	39,3	23,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	131,0	236,8	202,4	257,6	337,2	225,4	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	17,7	21,1	22,8	20,9	25,6	27,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	113,3	215,7	179,5	236,8	311,7	198,0	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	95,2	130,0	114,8	119,9	256,3	129,5	...
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	20,9	15,5	27,8	20,4	20,3	23,6	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	19,7	23,4	25,5	25,5	161,2	31,0	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	18,1	14,0	20,3	25,5	23,3	23,1	...
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	6,7	44,6	6,4	10,7	16,0	15,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	28,6	34,8	36,5	89,9	61,6	39,8	...
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	4,1	4,9	4,9	6,5	19,1	8,0	...
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	7,8	10,3	12,0	65,3	18,9	10,4	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	112,3	111,1	131,4	172,3	121,0	112,4	...
*Index der Gastgewerbeumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	78,3	73,3	87,6	99,3	81,5	82,4	...
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	p 200	64	69	96	p 68	p 64	p 72	p 102
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	p 18	6	8	10	p 6	p 5	p 7	p 9
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	p 1 658	239	244	384	p 264	p 248	p 272	p 440
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	p 37	14	17	22	p 14	p 13	p 16	p 19
Verkehr										
Seeschifffahrt¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 195	1 016	1 137	1 267
Güterversand	1 000 t	307	399	332	320	371	740
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	218	207	244	212	246	237	256
*Güterversand	1 000 t	362	327	172	219	373	237	300	276	275
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	7 628	8 970	11 319	3 381	4 689	5 690	7 988
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	63	92	22	60	168	10	33	55	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	6 867	8 128	10 151	2 933	4 154	5 056	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	445	386	425	445	527	206	261	302	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 175	1 312	1 279	1 185	966	897	p 1 058
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	61	61	49	36	30	40	p 56
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 490	1 732	1 694	1 516	1 207	1 114	p 1 295

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1973/74			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	20 540	23 133	20 602	20 835	21 049	23 133	23 208	23 319	23 603
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	19 834	20 068	20 346	22 352	22 418	22 538	22 800
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 364	4 487	4 572	4 903	4 895	4 964	5 146
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 346	4 467	4 551	4 882	4 874	4 941	5 120
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	18	20	21	21	22	22	26
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 775	1 769	1 797	2 068	2 039	1 987	2 017
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 668	1 655	1 683	1 925	1 902	1 847	1 879
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	107	113	113	143	137	140	139
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	13 694	13 812	13 977	15 382	15 485	15 587	15 637
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	11 655	11 765	11 906	12 934	13 016	13 140	13 187
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 039	2 047	2 072	2 448	2 468	2 448	2 450
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	16 260	16 522	16 572	18 446	18 471	18 481	18 452
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	8 878	9 119	9 183	10 614	10 668	10 644	10 628
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	5 284	5 414	5 452	6 645	6 742	6 678	6 736
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 594	3 706	3 731	3 969	3 925	3 966	3 892
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 382	7 403	7 389	7 832	7 804	7 837	7 824
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 494	4 511	4 507	4 686	4 664	4 686	4 680
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	537	350	338	812
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	487	329	352	413
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	9	9	10	39	20	12	20
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	1	2	3	3	4	1	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	406	307	409	549
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,131	0,643	1,359	1,667
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	355 821	328 225	426 247	616 629	405 996	356 880	458 090
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	225 277	207 756	343 844	527 352	293 907	214 016	367 935
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	185 421	185 695	141 831	255 681	239 484	201 822	129 903
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	29 592	11 324	169 732	235 918	37 029	1 370	193 797
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	4 253	1 652	1 999	615	6 352	1 771	902
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	6 011	9 084	30 282	35 138	11 042	9 053	43 333
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	130 544	120 469	82 403	89 277	112 089	142 865	90 155
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	106 328	93 800	57 995	61 948	85 417	106 326	56 934
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	24 216	26 669	24 407	27 329	26 673	36 539	33 221
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	56 648	106 261	121 686	172 386	110 745	132 648	130 177
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	11 393	10 796	12 126	10 654	9 105	9 811	10 001
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	40 658	88 898	100 605	148 975	96 027	115 825	110 243
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	30 118	38 878	27 671	20 734	32 689	37 065	28 920
*Vermögenssteuer	1 000 DM	5 272	5 700	801	15 317	1 676	1 674	2 202	14 566	3 972
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	22 761	15 671	18 390	12 276	24 335	16 091	18 280
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	1 004	691	729	755	987	729	723
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	.	.	167 866	209 655	.	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	.	.	6 452	6 698	.	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	.	.	24 635	25 421	.	.	.
*Gewerbesteuer	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	.	.	105 479	146 040	.	.	.
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	.	16 105	16 248	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	.	16 105	16 248	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	239 351	252 732	325 361	482 359	291 505	295 194	348 283
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	92 726	67 802	150 113	229 264	103 925	72 487	161 309
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	84 854	78 305	53 562	58 030	70 616	90 005	56 798
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	5 124	365	-	22 680	6 219	55	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	226 084	225 504	238 407	348 011	265 613	234 816	257 139
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	101 438	107 738	150 113	229 264	146 175	108 713	161 309
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	64 297	65 034	89 404	78 524	60 623	75 333	80 530	88 982	66 910
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	5 124	365	-	22 680	6 219	55	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	.	.	180 120	338 824	.	.	.
*Gewerbesteuer	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	.	94 530	53 575	.	.	.
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	.	94 530	53 575	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	.	.	23 202	221 634	.	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1973/74			
			Monats- durchschnitt	Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,6	124,8	116,7	117,5	117,8	143,6	155,0	158,5	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	124,5	133,9	128,9	130,4	131,3	140,0	146,3	149,2	...
Grundstoffpreise 23)	1962=100	108,9	120,3	114,2	115,3	116,3	130,6	137,1	141,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 23)	1962=100	116,1	123,8 ^e	119,5	120,7	121,4	128,3	131,8	134,8	136,9
landwirtschaftlicher Produkte 23)	1961/63=100	106,5 ^e	118,7 ^f	120,4	121,4	124,8	124,5 ^p	120,6 ^p	119,6 ^p	117,9
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 24)	1962=100	174,3	187,1	.	180,3	.	.	.	193,9	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 23)	1962/63=100	116,5 ^e	127,3 ^f	127,9 ^r	131,0	131,9	138,3 ^r	140,2	142,6	143,1
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	127,9	128,7	129,7	135,0	136,3	137,4	138,5
*Preisindex für die Lebenshaltung 25)	1970=100	111,1	118,8	115,2	116,0	116,8	122,9	123,7	124,8	125,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	114,8	115,6	116,4	120,0	121,4	121,8	122,3
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	116,4	117,2	118,2	124,5	125,3	126,2	127,3
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	116,5	116,9	117,7	121,6	122,6	123,2	123,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	117,0	118,5	118,7	161,3	153,4	156,1	150,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,3	113,5	113,7	117,0	118,9	119,8	120,8
Löhne und Gehälter 26)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	370
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	393
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	227
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	219
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	8,62
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	9,15
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	5,67
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	5,47
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	42,9
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	1 918
*weiblich	DM	1 194	1 355	1 292
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	2 088
*weiblich	DM	1 218	1 321	1 292
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	1 692
*weiblich	DM	953	1 129	1 068
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	1 713
weiblich	DM	(1 112)	1 384
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	1 760
weiblich	DM	1 019	1 184	1 122
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	2 055
weiblich	DM	1 213	1 325	1 293

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006 ^b	85 ^b	395 ^b	210 ^b	317 ^b
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017 ^b	75 ^b	387 ^b	223 ^b	333 ^b

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962 in Mill. DM
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 ^b	8,8 ^b	16 244 ^b
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 ^b	13,7 ^b	17 438 ^b
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 498 ^b	11,5 ^c	18 039 ^b
1972	262	61	60	28 098 ^c	10,2 ^c	18 658 ^c
1973	267	66	65	31 440 ^c	11,9 ^c	19 629 ^c

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000				in 1 000						
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch		Produktions- index 9) 1962=100		
	insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM					in 1 000 t	schwer		
						Mill. DM						
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	140	267	2 503	1 170	17 270	2 904	332	1 201	952	184	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler und 1973 rund 1 250 Schüler

3) bis 1969 einschließlich, ab 1970 ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Baubranche und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleeinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1973			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1973			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					
			in %					
FLENSBURG	93 617	+ 0,0	- 0,5	- 3	12	9	26 254	23 908
KIEL	265 587	+ 0,0	- 1,2	- 168	231	63	74 782	68 046
LÜBECK	236 047	- 0,0	- 0,7	- 152	75	- 77	61 598	55 321
NEUMÜNSTER	86 321	- 0,1	- 0,1	- 10	- 41	- 51	25 713	22 926
Dithmarschen	133 014	- 0,1	- 0,5	- 40	- 80	- 120	46 765	36 278
Flensburg-Land	75 881	+ 0,0	+ 1,0	- 12	34	22	29 774	23 206
Hzgt. Lauenburg	150 130	- 0,0	+ 1,6	- 87	62	- 25	47 610	40 206
Nordfriesland	161 524	+ 0,0	+ 0,8	- 59	80	21	58 971	46 847
Ostholstein	186 065	- 0,1	+ 0,9	- 69	- 149	- 218	60 598	50 259
Pinneberg	252 799	- 0,1	+ 1,1	- 34	- 174	- 208	80 428	70 073
Plön	113 065	+ 0,0	+ 1,6	- 50	70	20	40 063	32 812
Rendsburg-Eckernförde	234 121	+ 0,1	+ 1,3	- 26	176	150	79 806	64 882
Schleswig	101 351	- 0,1	+ 0,0	- 33	- 70	- 103	36 610	28 875
Segeberg	187 751	+ 0,1	+ 3,1	- 20	287	267	69 799	58 564
Steinburg	132 618	- 0,1	- 0,4	- 63	- 99	- 162	43 875	35 300
Stormarn	169 707	-	+ 1,9	- 57	57	-	56 750	49 150
Schleswig-Holstein	2 579 598	- 0,0	+ 0,6	- 883	471	- 412	839 396	706 653

KREISFREIE STADT Kreis	Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30. September 1973		Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe am 28. 2. 1974	Beschäftigte am 28. 2. 1974	Umsatz ⁴⁾ im Februar 1974 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	8 915	95	63	9 127	68	39	1	53
KIEL	30 662	116	143	30 208	116	93	2	120
LÜBECK	29 270	124	138	28 426	142	108	1	140
NEUMÜNSTER	11 062	128	71	10 400	61	45	3	51
Dithmarschen	6 971	52	63	6 512	143	46	2	59
Flensburg-Land	1 145	15	.	.	.	30	5	43
Hzgt. Lauenburg	10 029	67	102	9 434	61	64	3	92
Nordfriesland	3 004	19	47	2 535	35	52	2	75
Ostholstein	6 805	36	76	6 332	44	78	6	108
Pinneberg	24 891	98	237	23 940	184	98	4	133
Plön	2 967	26	39	2 729	20	52	3	68
Rendsburg-Eckernförde	12 107	52	128	11 425	128	114	9	41
Schleswig	3 605	35	66 ^a	4 428 ^a	61 ^a	33	3	37
Segeberg	15 008	80	178	13 993	113	74	4	110
Steinburg	11 262	85	94	10 424	83	53	2	69
Stormarn	16 430	97	134	15 793	176	79	6	96
Schleswig-Holstein	194 133	75	1 579	185 706	1 434	1 058	56	1 295

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1973

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

a) einschließlich Kreis Flensburg-Land

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1973			Offene Stellen am 28.2. 1974	Kuhmilcherzeugung im Februar 1974			Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30. September 1973	
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	in 1 000	je 1 000 Einwohner
		VZ 1961	Vorjahres- quartal						
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,7	14	181	93,4	12,9	194	75
Hamburg	1 755	- 4,2	- 0,9	14	1	91,3	11,8	199	113
Niedersachsen	7 254	+ 9,2	+ 0,6	34	367	90,7	12,9	799	110
Bremen	731	+ 3,5	- 0,6	5	2	81,7	12,6	103	141
Nordrhein-Westfalen	17 241	+ 8,4	+ 0,4	91	220	92,4	11,3	2 674	155
Hessen	5 576	+ 15,8	+ 0,9	31	101	83,4	10,7	.	.
Rheinland-Pfalz	3 703	+ 8,4	+ 0,4	16	71	82,5	10,1	420	113
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 1,0	55	188	78,4	9,4	1 617	175
Bayern	10 848	+ 14,0	+ 0,8	55	509	87,7	9,4	1 441	133
Saarland	1 115	+ 3,9	- 0,5	3	8	83,7	10,6	171	153
Berlin (West)	2 050	- 6,7	- 1,1	12	0	24,3	15,3	245	119
Bundesgebiet	62 089	+ 10,5	+ 0,5	331	1 649	88,0	10,7	.	.

Land	Industrie ¹⁾			Produktions- index 3) 1962=100 im Januar 1974	Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1973			
	Beschäftigte am 31. 1. 1974 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Januar 1974			Beschäftigte am 31. Dezember 1973		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	185	1 504	16	176	58	22	1 042	4,0	20 226	78,4
Hamburg	190	2 104	18	114	40	23	1 807	10,3	5 405	30,9
Niedersachsen	766	5 523	25	149	165	23	4 070	5,6	30 820	42,5
Bremen	101	897	13	.	20	27	307	4,2	1 282	17,6
Nordrhein-Westfalen	2 553	19 883	23	.	360	21	10 197	5,9	75 676	43,9
Hessen	727	4 185	26	164	133	24	3 182	5,7	32 399	58,0
Rheinland-Pfalz	403	3 419	27	242	84	23	1 386	3,7	17 487	47,3
Baden-Württemberg	1 571	9 711	24	172	228	25	4 545	4,9	42 594	46,1
Bayern	1 377	8 281	22	.	278	26	4 917	4,5	51 496	47,4
Saarland	165	985	34	.	22	20	393	3,5	3 880	34,9
Berlin (West)	229	1 458	12	.	42	20	456	2,2	3 325	16,2
Bundesgebiet	8 267	57 949	23	164	1 429	23	32 302	5,2	284 590	45,8

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Januar 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1973 ⁶⁾	
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mill. DM	Anteil des produzie- renden Gewerbes ⁷⁾ in %
						im 4. Vierteljahr 1973				
Schleswig-Holstein	966	30	1 207	128	3 036	328	409	...	31 440	48,5
Hamburg	770	37	967	130	5 736	527	2 734	...	44 805	41,5
Niedersachsen	2 546	152	3 267	134	3 722	319	333	...	91 154	55,8
Bremen	318	9	368	119	4 322	385	1 348	...	14 499	46,3
Nordrhein-Westfalen	6 097	243	7 815	132	4 311	366	538	...	262 052	55,1
Hessen	1 924	77	2 604	139	4 833	380	518	...	86 992	48,6
Rheinland-Pfalz	1 205	61	1 580	136	3 975	330	389	...	51 944	59,0
Baden-Württemberg	2 834	125	3 952	144	4 517	377	538	...	140 744	60,2
Bayern	3 141	170	4 290	142	4 599	525	427	...	154 230	55,7
Saarland	399	22	523	137	3 654	311	349	...	14 775	53,8
Berlin (West)	1 001	31	1 258	129	3 897	276	813	...	33 866	52,8
Bundesgebiet	21 201	957	27 831	136	4 312	356	557	...	926 500	54,6

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) ohne Postspareinlagen

7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

6) erste vorläufige Ergebnisse

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1973 in qkm	Gemeinden am 31. 12. 1973	Wirtschaftsfläche 1973			Landwirt- schaftlich genutzte Fläche 1973 in ha
			insgesamt in ha	darunter in %		
				landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Waldfläche	
FLENSBURG	51,17	1	5 636	20,0	17,2	1 127
KIEL	110,12	1	10 861	35,5	7,4	3 856
LÜBECK	213,97	1	22 299	33,7	11,2	7 523
NEUMÜNSTER	71,57	1	6 847	55,1	7,5	3 773
Dithmarschen	1 381,09	134	139 531	81,1	3,0	113 205
Flensburg-Land	1 022,35	75	102 697	79,3	5,4	81 450
Hzgt. Lauenburg	1 264,29	134 ^a	126 495	60,1	24,1	76 028
Nordfriesland	2 023,71	162	204 842	81,1	3,1	166 049
Ostholstein	1 390,03	43	139 501	75,3	8,3	104 993
Pinneberg	661,78	51	66 287	68,1	5,0	45 160
Plön	1 081,21	89	108 941	68,9	10,1	75 090
Rendsburg-Eckernförde	2 185,52	174	216 257	74,5	9,7	161 090
Schleswig	1 054,07	91	106 271	78,8	4,5	83 706
Segeberg	1 344,33	98 ^a	133 368	71,2	13,8	94 971
Steinburg	1 056,37	117	104 704	74,3	7,0	77 773
Stormarn	766,21	86	76 350	71,6	11,0	54 699
Schleswig-Holstein	15 677,78	1 258	1 570 887	73,2	8,7	1 150 493

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur 1973							
	landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾ mit ... bis unter ... ha landw. genutzter Fläche							
	2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen
FLENSBURG	12	4	2	-	10	7	4	39
KIEL	22	18	8	8	9	23	19	107
LÜBECK	58	41	14	9	24	32	48	226
NEUMÜNSTER	10	17	4	12	8	27	24	102
Dithmarschen	383	346	282	359	786	1 060	512	3 728
Flensburg-Land	223	216	168	223	604	765	373	2 572
Hzgt. Lauenburg	208	138	127	168	350	598	396	1 985
Nordfriesland	605	589	445	494	1 156	1 497	700	5 486
Ostholstein	262	147	101	158	328	526	700	2 222
Pinneberg	401	276	190	183	378	416	113	1 957
Plön	273	118	143	183	468	495	302	1 982
Rendsburg-Eckernförde	405	370	349	466	1 049	1 236	768	4 643
Schleswig	280	260	245	275	543	792	384	2 779
Segeberg	279	217	199	249	600	782	466	2 792
Steinburg	259	218	183	283	613	848	270	2 674
Stormarn	181	118	76	133	296	412	273	1 489
Schleswig-Holstein	3 861	3 093	2 536	3 203	7 222	9 516	5 352	34 783

1) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

a) darunter 1 Forstgutsbezirk

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1973						Milcherzeugung im Jahre 1973		Jahresmilchleistung 1973 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe ¹⁾	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLENSBURG	* 1 190	* 291	* 670	* 16	* 12 931	* 24	* .	* .	* .
KIEL	3 170	989	1 506	90	22 164	54	.	.	.
LÜBECK	5 182	2 104	10 865	1 429	45 771	794	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 004	1 517	4 856	415	10 073	104	.	.	.
Dithmarschen	180 105	45 007	127 371	15 981	227 259	281 156	171	92,3	3 826
Flensburg-Land	130 727	44 160	155 487	11 023	102 948	28 723	203 ^a	92,2	4 578
Hzgt. Lauenburg	62 870	22 611	131 699	14 009	252 993	30 061	94	96,3	4 166
Nordfriesland	244 809	75 631	154 246	17 472	121 184	2 730	317	92,9	4 213
Ostholstein	66 223	24 976	126 939	13 603	342 221	71 322	130 ^b	91,5	4 782
Pinneberg	68 632	23 083	48 757	5 042	135 936	43 170	99	94,8	4 351
Plön	75 086	28 495	88 948	10 983	304 593	80 459	147 ^c	91,8	4 717
Rendsburg-Eckernförde	217 577	79 009	204 858	22 041	323 953	85 758	337	93,1	4 312
Schleswig	123 722	42 852	180 594	14 153	95 304	11 096	181	94,6	4 266
Segeberg	118 579	44 578	181 895	17 156	468 256	201 051	203	94,2	4 585
Steinburg	142 724	47 469	143 351	13 304	203 372	158 338	193	92,0	4 129
Stormarn	51 651	21 221	96 972	11 112	164 497	43 577	90	97,8	4 217
Schleswig-Holstein	1 496 251	503 993	1 659 014	167 829	2 833 455	1 038 417	2 166	93,3	4 323

KREISFREIE STADT Kreis	Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30.9.1973		Industrie ²⁾ 1973						
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiterstunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)	
				insgesamt	Inhaber und Angestellte einschl. Auszubildender	Arbeiter		insgesamt	darunter Löhne
	im Durchschnitt des Jahres							1 000 DM	
FLENSBURG	* 8 915	* 95	* 68	* 8 678	* 1 811	* 6 867	* 13 494	* 151 811	* 111 559
KIEL	30 662	116	144	30 736	9 154	21 582	40 178	625 545	409 647
LÜBECK	29 270	124	142	28 585	7 282	21 303	41 090	552 951	382 172
NEUMÜNSTER	11 062	128	72	10 639	2 564	8 075	14 403	192 824	134 622
Dithmarschen	6 971	52	60	6 516	1 341	5 175	10 149	123 686	90 668
Flensburg-Land	1 145	15	31	1 020	231	789	1 605	17 800	13 261
Hzgt. Lauenburg	10 029	67	102	9 652	2 208	7 444	14 427	178 717	129 717
Nordfriesland	3 004	19	46	2 724	541	2 183	4 394	49 902	37 210
Ostholstein	6 805	36	76	6 295	1 693	4 602	8 588	102 564	67 591
Pinneberg	24 891	98	241	24 000	7 617	16 383	31 802	477 327	289 454
Plön	2 967	26	41	2 661	640	2 021	3 802	47 924	32 712
Rendsburg-Eckernförde	12 107	52	124	11 498	2 422	9 076	18 610	214 862	160 127
Schleswig	3 605	35	35	3 456	688	2 768	5 667	61 695	46 355
Segeberg	15 008	80	175	14 369	4 156	10 213	20 389	301 726	196 843
Steinburg	11 262	85	98	10 927	2 248	8 679	16 113	229 005	170 362
Stormarn	16 430	97	126	15 626	4 468	11 158	22 275	344 726	231 140
Schleswig-Holstein	194 133	75	1 581	187 382	49 064	138 318	266 988	3 673 067	2 503 439

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

a) einschließlich Flensburg, Stadt

b) einschließlich Lübeck

c) einschließlich Kiel und Neumünster

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Industrie ¹⁾ 1973						
		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)		Kohle- verbrauch	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch (H ₀ = 4 300 kcal je cbm)	Strom- verbrauch in 1 000 kWh
		insgesamt	darunter Auslands- umsatz		insgesamt	darunter schweres Heizöl		
		1 000 DM		in t SKE ²⁾	t		1 000 cbm	
*	*	*	*	*	*	*	*	
FLensburg	800 219	193 625	209	36 842	31 371	488	93 032	
KIEL	1 941 721	699 650	3 268	30 629	7 596	5 085	144 694	
LÜBECK	2 160 280	560 808	.	71 835	41 138	198 965	328 313	
NEUMÜNSTER	629 049	96 812	.	17 417	4 051	3 714	110 628	
Dithmarschen	1 218 956	171 339	1 236	331 313	326 241	.	300 730	
Flensburg-Land	88 673	18 564	9 672	
Hzgt. Lauenburg	669 273	96 968	1 105	21 298	10 144	1 059	61 081	
Nordfriesland	482 842	51 820	.	6 181	649	.	14 878	
Ostholstein	537 065	53 778	.	17 751	12 302	5 772	38 735	
Pinneberg	2 043 094	291 738	1 063	106 450	65 592	27 096	300 877	
Plön	234 658	7 083	.	5 492	849	.	23 414	
Rendsburg-Eckernförde	1 053 313	187 839	.	45 832	24 768	1 512	85 820	
Schleswig	652 752	27 866	.	37 598	22 756	.	43 840	
Segeberg	1 362 314	147 255	.	29 425	3 781	.	97 170	
Steinburg	1 088 059	80 160	645	.	.	1 202	340 249	
Stormarn	2 308 183	218 468	1 718	36 339	14 639	.	126 616	
Schleswig-Holstein	17 270 452	2 903 773	332 157	1 200 860	951 978	328 890	2 119 748	

KREISFREIE STADT Kreis		Wohnungsbestand am 31. 12. 1973		Fertiggestellte Wohngebäude 1973		Fertiggestellte Wohnungen ³⁾ 1973		
		Wohngebäude	Wohnungen in Wohn- und Nicht- wohngebäuden	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	insgesamt	und zwar	
							in Gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert
*	*	*	*	*	*	*	*	
FLensburg	10 654	38 673	182	120	928	129	235	
KIEL	26 220	107 352	252	185	1 345	209	228	
LÜBECK	33 721	98 376	414	304	1 637	362	187	
NEUMÜNSTER	13 722	34 083	306	223	1 066	236	137	
Dithmarschen	34 080	49 260	699	657	1 346	709	240	
Flensburg-Land	16 921	25 428	448	429	816	480	124	
Hzgt. Lauenburg	30 449	56 396	1 000	925	2 873	1 055	444	
Nordfriesland	39 754	63 630	778	684	2 238	802	122	
Ostholstein	37 327	74 432	879	765	3 946	925	250	
Pinneberg	44 304	93 832	1 341	1 166	3 520	1 269	332	
Plön	23 422	41 106	631	591	1 961	659	269	
Rendsburg-Eckernförde	47 934	84 667	1 276	1 204	4 388	1 293	416	
Schleswig	20 851	34 602	338	321	624	347	179	
Segeberg	35 792	66 487	1 823	1 654	4 661	1 778	569	
Steinburg	28 197	49 986	673	640	1 256	707	227	
Stormarn	33 159	61 788	1 031	915	2 641	1 032	252	
Schleswig-Holstein	476 507	980 098	12 071	10 783	35 246	11 992	4 211	

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

2) 1 t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

3) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	noch: Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1973					Fertiggestellte Wohnräume 1) 2) 1973
	von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen					
	1 und 2	3	4	5	6 und mehr	
FLENSBURG	*	*	*	*	*	*
	209	221	258	158	82	3 406
KIEL	241	245	484	215	160	5 325
LÜBECK	335	210	490	394	208	6 489
NEUMÜNSTER	174	147	400	184	161	4 220
Dithmarschen	293	122	306	321	304	5 763
Flensburg-Land	81	105	184	214	232	3 942
Hzgt. Lauenburg	694	315	796	564	504	11 564
Nordfriesland	799	481	325	283	350	8 344
Ostholstein	2 125	513	569	349	390	11 595
Pinneberg	448	546	1 066	860	600	14 997
Plön	771	214	335	317	324	7 057
Rendsburg-Eckernförde	2 168	278	687	583	672	13 525
Schleswig	56	94	154	114	206	2 929
Segeberg	774	417	1 564	1 057	849	19 793
Steinburg	117	199	321	331	288	5 568
Stormarn	308	459	751	613	510	11 519
Schleswig-Holstein	9 593	4 566	8 690	6 557	5 840	136 036

KREISFREIE STADT Kreis	Bauüberhang am 31.12.1973		Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1.1.1974				
	Wohnungen		Bundes- autobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	zusammen
	unter Dach und noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen					
FLENSBURG	*	*	*	*	*	*	*
	832	162	8 250	15 904	17 479	33 277	74 910
KIEL	2 906	248	6 822	45 753	15 684	69 007	137 266
LÜBECK	1 449	465	11 896	41 878	19 743	78 254	151 771
NEUMÜNSTER	804	356	3 200	23 614	13 704	23 536	64 054
Dithmarschen	907	304	-	147 496	452 297	319 700	919 493
Flensburg-Land	898	257	1 020	94 700	292 022	287 303	675 045
Hzgt. Lauenburg	1 988	610	-	156 575	274 017	273 193	703 785
Nordfriesland	2 097	380	-	166 328	528 740	539 774	1 234 842
Ostholstein	2 712	577	15 593	201 430	287 964	150 839	655 826
Pinneberg	3 789	641	9 579	74 128	191 192	59 638	334 537
Plön	1 309	484	6 624	139 990	159 438	196 144	502 196
Rendsburg-Eckernförde	2 699	884	69 905	285 983	394 938	414 551	1 165 377
Schleswig	901	100	5 500	110 797	225 206	255 736	597 239
Segeberg	2 924	729	37 280	205 478	288 115	359 179	890 052
Steinburg	1 021	327	-	165 143	250 856	207 758	623 757
Stormarn	2 792	1 053	47 766	112 070	201 855	236 671	598 362
Schleswig-Holstein	30 028	7 577	223 435	1 987 267	3 613 250	3 504 560	9 328 512

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1973				Straßenverkehrsunfälle 1973		
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verunglückte Personen (Getötete und Verletzte)
		Personen- kraftwagen 1)	Last- kraftwagen	Zug- maschinen 2)			
FLENSBURG	26 610	24 212	1 677	145	258	537	670
KIEL	76 014	69 084	4 555	505	259	1 558	2 032
LÜBECK	62 364	55 982	4 161	768	237	1 568	1 958
NEUMÜNSTER	25 858	23 085	1 783	448	267	658	859
Dithmarschen	47 305	36 786	2 427	7 242	276	926	1 303
Flensburg-Land	29 556	22 912	1 213	4 855	304	488	734
Hzgt. Lauenburg	46 934	39 552	1 997	4 479	265	903	1 221
Nordfriesland	58 685	46 578	3 048	7 897	288	1 133	1 640
Ostholstein	60 418	50 136	3 075	5 831	269	1 402	2 012
Pinneberg	80 284	69 942	4 892	4 216	277	1 521	1 997
Plön	39 078	31 916	1 750	4 659	284	774	1 076
Rendsburg-Eckernförde	79 086	64 228	3 791	9 631	276	1 594	2 231
Schleswig	35 587	27 997	1 567	5 276	276	596	820
Segeberg	68 749	57 681	3 779	6 268	312	1 375	1 923
Steinburg	44 116	35 493	2 306	5 321	268	880	1 216
Stormarn	56 079	48 506	3 109	3 494	288	1 226	1 724
Schleswig-Holstein	836 723	704 090	45 130	71 035	274	17 139	23 416

KREISFREIE STADT	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1972				Empfänger ³⁾ von Sozialhilfe 1972		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1972	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM						
FLENSBURG	5 139	4 138	9 277	98,34	3 715	1 698	18,0
KIEL	11 494	12 594	24 089	89,77	12 223	4 604	17,1
LÜBECK	12 138	13 481	25 620	107,54	10 220	4 205	17,7
NEUMÜNSTER	3 182	3 183	6 364	73,59	3 629	1 387	16,1
Dithmarschen	3 087	3 074	6 161	45,98	3 093	1 262	9,4
Flensburg-Land	1 769	2 012	3 781	50,42	2 260	844	11,2
Hzgt. Lauenburg	3 502	4 769	8 271	56,03	4 455	1 518	10,3
Nordfriesland	3 642	2 897	6 538	40,63	4 097	1 332	8,3
Ostholstein	4 815	6 424	11 239	60,86	5 147	1 735	9,4
Pinneberg	5 027	8 009	13 035	52,23	6 100	2 127	8,5
Plön	2 171	3 267	5 438	48,95	2 767	971	8,7
Rendsburg-Eckernförde	5 454	7 136	12 590	54,68	6 565	2 226	9,6
Schleswig	2 350	3 619	5 969	58,81	2 694	1 071	10,6
Segeberg	3 268	4 907	8 175	45,12	4 184	1 467	8,1
Steinburg	3 829	5 844	9 673	72,65	4 147	1 506	11,3
Stormarn	3 348	4 100	7 448	44,85	3 449	1 125	6,8
Landesbehörden	38	51 954	51 992	.	457	-	-
Schleswig-Holstein	74 252	141 407	215 659	84,16	79 202	29 078	11,3

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

2) zulassungspflichtige

3) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände											
		Steuereinnahmen ¹⁾ 1973											
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden								Lohnsummensteuer	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
				zusammen (netto)		Grundsteuer A 2)	Grundsteuer B 3)	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾					
1 000 DM	DM je Einw. 5)	1 000 DM	DM je Einw. 5)	1 000 DM									
*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*		
FLENSBURG	44 157	471	44 157	471	23	5 010	25 104	8 791	16 313	-	20 365		
KIEL	161 935	608	161 935	608	139	17 914	72 782	24 173	48 609	25 894	61 774		
LÜBECK	135 073	571	135 073	571	188	15 207	65 506	26 369	39 136	24 234	48 863		
NEUMÜNSTER	38 949	450	38 949	450	56	5 398	15 035	6 586	8 449	6 544	16 152		
Dithmarschen	39 566	296	37 197	279	3 073	4 451	19 488	8 129	11 358	-	17 900		
Flensburg-Land	16 661	221	15 673	208	1 765	1 520	7 269	3 147	4 122	-	8 022		
Hzgt. Lauenburg	46 798	314	44 758	300	1 868	5 147	18 685	8 654	10 031	1 746	25 350		
Nordfriesland	50 474	313	46 249	286	3 609	5 516	23 283	9 463	13 819	379	22 087		
Ostholstein	60 022	322	56 026	301	3 326	6 702	26 233	10 513	15 720	83	28 741		
Pinneberg	106 000	420	102 416	406	1 567	9 159	52 523	21 266	31 257	3 018	52 984		
Plön	31 417	279	28 985	258	2 276	3 281	11 130	4 885	6 246	782	15 783		
Rendsburg-Eckernförde	70 204	302	67 176	289	3 717	7 090	36 077	15 374	20 702	145	34 742		
Schleswig	27 787	274	26 490	261	1 702	2 962	13 083	5 432	7 651	-	13 692		
Segeberg	66 795	361	62 910	340	1 845	5 922	43 770	17 537	26 233	-	28 479		
Steinburg	40 850	308	38 956	294	1 989	4 825	21 438	10 598	10 841	684	20 234		
Stormarn	63 431	376	59 780	355	1 313	5 881	34 382	13 633	20 749	207	31 188		
Schleswig-Holstein	1 000 118	389	966 731	376	28 456	105 985	485 787	194 550	291 237	63 716	446 354		

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		Schulden ⁶⁾ am 31. 12. 1973 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal ⁷⁾ am 2. 10. 1973			
		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter	
		1 000 DM	DM je Einwohner ⁵⁾	1 000 DM	DM je Einwohner ⁵⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁸⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁸⁾
*	*	*	*	*	*	*	*		
FLENSBURG	56 194	600	.	.	1 766	189	.	.	
KIEL	290 864	1 092	.	.	4 832	182	.	.	
LÜBECK	248 683	1 051	.	.	4 436	188	.	.	
NEUMÜNSTER	78 425	906	.	.	1 252	145	.	.	
Dithmarschen	95 551	716	74 414	557	1 592	119	682	51	
Flensburg-Land	38 541	512	29 210	388	322	43	181	24	
Hzgt. Lauenburg	78 951	530	71 068	477	1 376	92	984	66	
Nordfriesland	129 589	802	83 606	518	1 538	95	734	45	
Ostholstein	104 745	562	89 815	482	2 035	109	1 158	62	
Pinneberg	133 496	529	128 161	508	2 753	109	1 469	58	
Plön	113 100	1 005	100 649	895	932	82	497	44	
Rendsburg-Eckernförde	140 979	607	115 423	497	2 184	94	1 474	63	
Schleswig	49 634	489	40 000	394	760	75	427	42	
Segeberg	122 494	662	104 539	565	1 349	72	823	44	
Steinburg	95 670	721	79 610	600	1 453	109	1 055	79	
Stormarn	135 187	802	113 939	676	1 402	83	745	44	
Schleswig-Holstein	1 912 103	743	1 030 434	545	29 982	116	10 229	54	

1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

3) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

5) Bevölkerungsstand 30. 6. 1973

7) ohne Wirtschaftsunternehmen und Sparkassen

2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

4) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

6) ohne Wirtschaftsunternehmen

8) Bevölkerungsstand 30. 9. 1973

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Selbe

Bildung und Kultur

Fachhochschulstudenten 3/56

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Arbeitskräfte Landwirtschaft 4/89

Baumschulen 4/92

Betriebssysteme Landwirtschaft 1/9

Zur Getreideernte 1973 2/33

Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften 2/43

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrielle Kleinbetriebe 4/94

Investitionen 1972 4/78

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Auftragslage im Baugewerbe 1/18

Bauhauptgewerbe 3/63

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandelsumsätze 4/95

Verkehr

Güterumschlag in den Häfen 2/37

Öffentliche Finanzen

Lohnsteuerpflichtige 2/48

Umsätze 1972 4/81

Vermögensteuer 3/66

Löhne und Gehälter

Zur Reallohnentwicklung 2/26

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

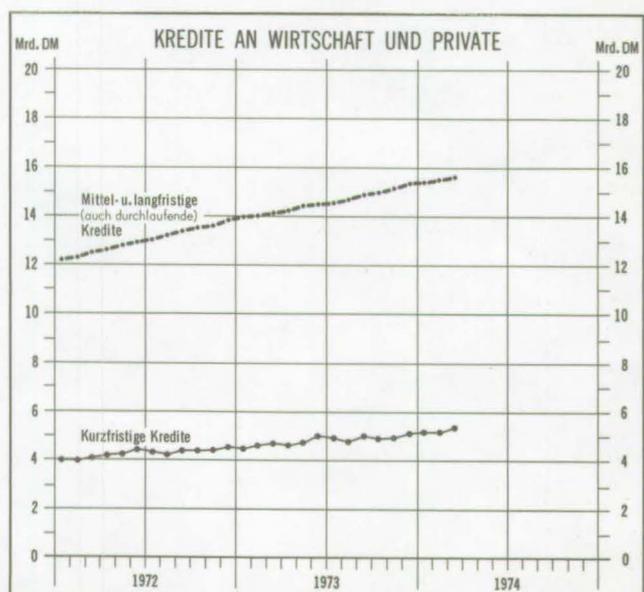
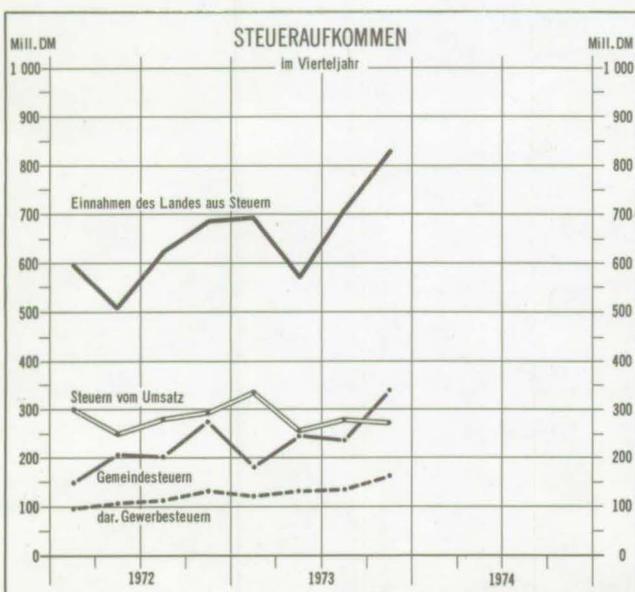
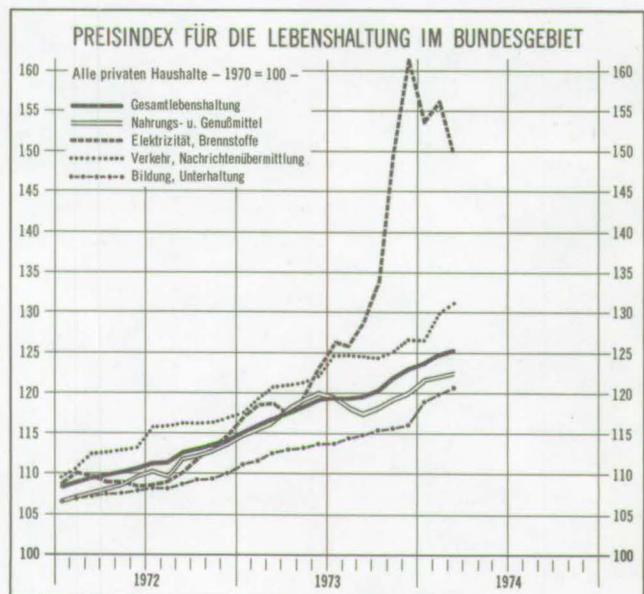
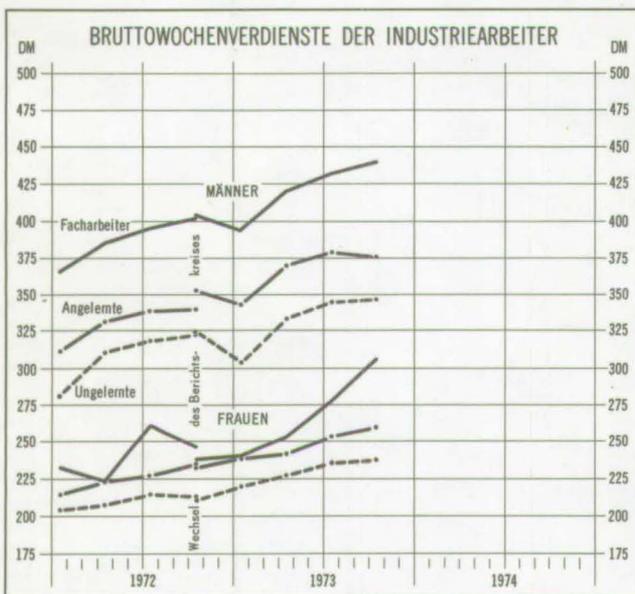
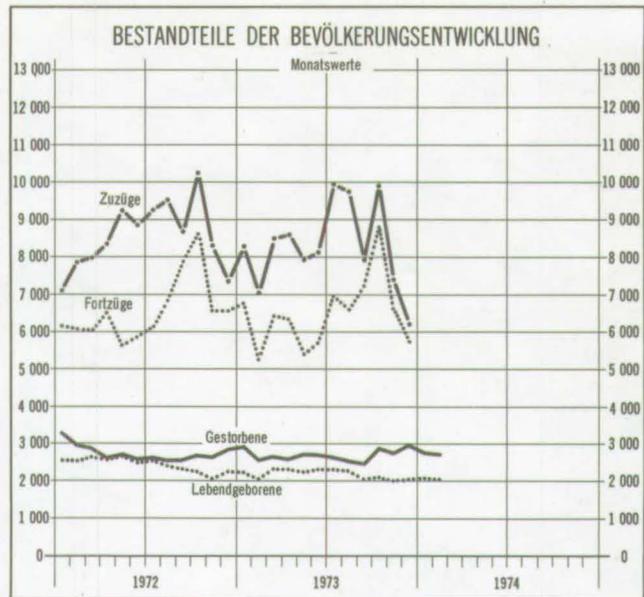
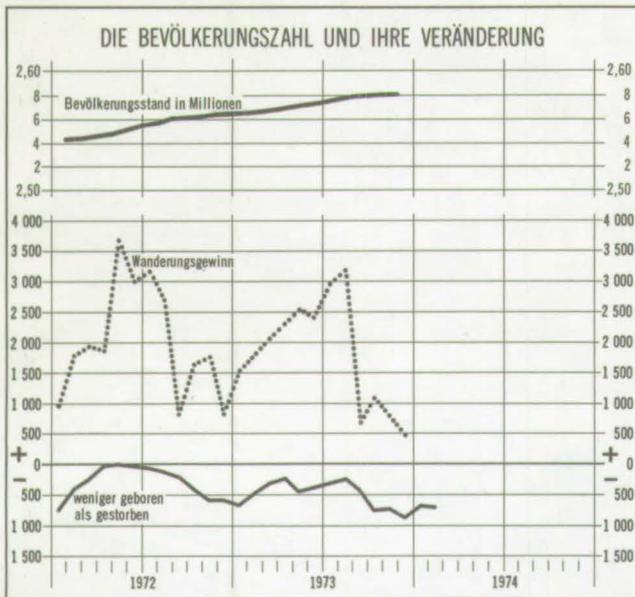
Bruttoinlandsprodukt, Kreise 1/3

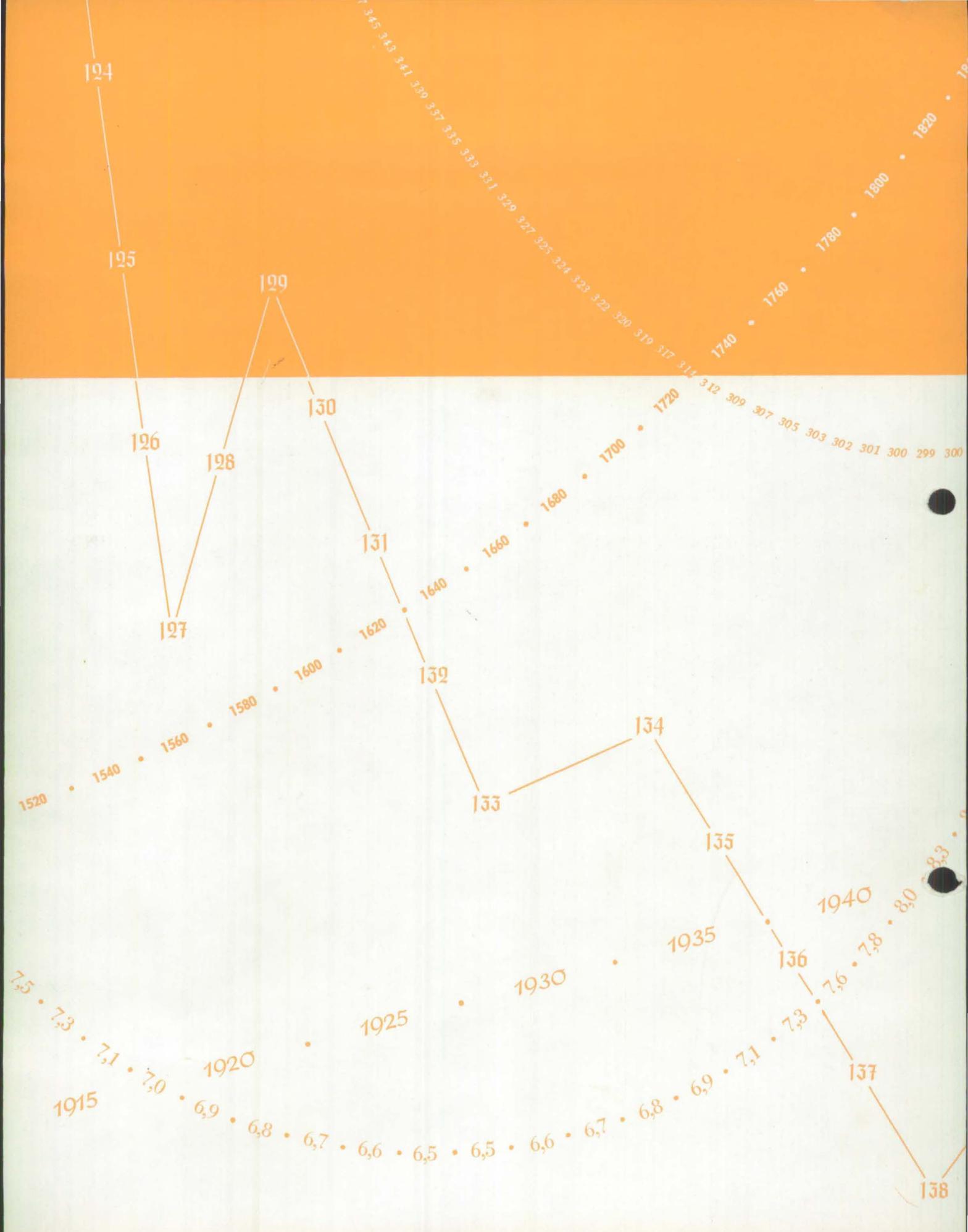
Bruttoinlandsprodukt 3/51

Wirtschaftliches Wachstum 1973 4/75

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen